

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom **21. April bis 27. April**

(Stand: 27.04., 15:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

BMWK - PRESSEMITTEILUNG

Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet

Die Einstellung von russischen Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien hat bislang keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Deutschland. Derzeit ist die Versorgungssicherheit hier gewährleistet, teilte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz heute mit. Die Gasflüsse sind zum jetzigen Zeitpunkt alles in allem auf einem stabilen Niveau. Auch die Speicher füllen sich seit dem 18. März wieder langsam. Die Speicherstände liegen heute bei 33,53 Prozent. Die Lage wird aber sehr genau beobachtet; das Ministerium ist im engen Austausch mit den Energieversorgungsunternehmen und Energielieferanten, das Krisenteam Gas monitort die Versorgungssituation intensiv und bewertet sie in einem täglichen Lagebericht.

„Die Versorgungslage bei uns ist stabil und wir tun alles, damit dies weiter so bleibt. Europa wird solidarisch zusammenstehen und die Gasversorgung weiter diversifizieren. Ziel in der Europäischen Union ist es, sich so schnell wie möglich unabhängig von russischen Energieimporten zu machen,“ sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

Nach den vorliegenden Informationen ist die Versorgungslage in Polen und Bulgarien aktuell stabil, da beide Länder andere Versorgungsquellen u.a. über LNG nutzen können. Auch die Versorgungslage in anderen europäischen Ländern wird engmaschig beobachtet; die Mitgliedstaaten tauschen sich in den zuständigen europäischen Gremien wie der Gas Coordination Group intensiv aus.

Hintergrund der Liefereinstellungen Russlands gegenüber Polen und Bulgarien sind nach den vorliegenden Informationen die Modalitäten für die Gaszahlung. Russland hatte angeordnet, dass nur noch in Rubel gezahlt werden dürfe. Deutschland sowie die anderen europäischen Länder halten aber aus Gründen der Vertragstreue daran fest, dass die Verträge der

Unternehmen weiterhin in Euro bedient werden. „Die privatrechtlichen Verträge gelten. Die Zahlungen erfolgen weiter in Euro und Dollar“, sagte Minister Habeck. Offen ist, wie Russland sein Dekret über Gaszahlungen im Einzelnen interpretiert und anwendet.

In diesem Zusammenhang gibt es aktuell bei einer britischen Tochter der Gazprom Germania einen Fall, in dem Unklarheiten bei der Abwicklung der Zahlungen bestehen. Dies betrifft marginale Gasmengen von etwa 0,2 Prozent der russischen Importmengen nach Europa, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht aus Russland geliefert werden. Das Unternehmen kann diese geringe Menge über Ankäufe am Markt ersetzen. Die Zahlung soll vertragsgemäß in Euro erfolgen.

Zur Ausgestaltung des Zahlungsdetails folgt Deutschland den am 21.04.2022 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Kommission. Das bedeutet, dass die Gaszahlungen deutscher Unternehmen weiter in Euro oder Dollar geleistet werden. Die Euro- oder Dollar-Zahlungen der Unternehmen können hierbei im Einklang mit den Europäischen Sanktionsbestimmungen auf ein sogenanntes Konto K bei der Gazprom Bank erfolgen. Die Unternehmen erklären, dass mit der Zahlung in Euro und Dollar die Erfüllung der vertraglich geschuldeten Leistung erfolgt ist.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Habeck: Ölembargo ist „handhabbar“

Der Wirtschaftsminister verändert seine Einschätzung und kündigt schnelle Alternativen zu Lieferungen aus Russland an. Eine Wirtschaftsweise findet das überfällig.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat am Dienstag überraschend seine Haltung zu einem Embargo gegen russisches Öl geändert. „Heute kann ich sagen, dass ein Embargo handhabbar für Deutschland geworden ist“, sagte er nach einem Treffen mit seiner polnischen Kollegin Anna Moskwa in Warschau. Deutschland könne schon in den nächsten Tagen eine Lösung finden, um schnell ohne russische Öllieferungen auszukommen. Der Anteil russischen Öls liege nur noch bei etwa 12 Prozent. Dieser Anteil falle allein auf Lieferungen für die PCK Raffinerie in Schwedt an der Oder. Hier sei man auf der Suche nach einer Alternative. „Diese Alternative ist Aufgabe der nächsten Tage.“

Zuvor hieß es, dass der polnische Hafen Danzig eine wichtige Rolle dabei spielen könne, die Versorgung von Schwedt per Schiff sicherzustellen. Die Raffinerie ist an eine Pipeline aus Russland angebunden und wird vom russischen Staatskonzern Rosneft kontrolliert. Die Häfen in Westdeutschland, die russisches Öl importiert hätten, hätten sich neue Verträge besorgt. Die Raffinerie Leuna des französischen Energiekonzerns Total hat Habeck zufolge ebenfalls bereits Verträge umgestellt.

Die Offenheit für ein Embargo und die Aussicht auf eine schnelle Entkopplung von russischen Ölimporten ist bemerkenswert. Vor einem Monat hatte Habeck noch davon gesprochen, dass Deutschland erst bis zum Jahresende „nahezu un-abhängig“ von russischen Ölimporten werden könne. Mitte dieses Jahres „werden die russischen Ölimporte nach Deutschland

voraussichtlich halbiert sein“, hatte der Minister damals gesagt und schon diese Reduzierung als großen Erfolg dargestellt. Anfang April hatte das Ministerium dann noch vor Knappheiten gewarnt, falls das Aus überstürzt kommt: „Ein sofortiges Embargo von russischem Erdöl könnte regional in Ost- und Mitteldeutschland zumindest zeitweise zu Marktverwerfungen und Engpässen bei der Versorgung mit Erd-ölprodukten führen“, hieß es in einem Papier des Ministeriums, aus dem die F.A.Z. zitiert hatte.

Unter deutschen Volkswirten stießen Habecks neue Aussagen auf Zustimmung. Der Energieökonom Andreas Löschel, der schon länger betont, dass ein Energieembargo wirtschaftlich für Deutschland verkraftbar wäre, bezeichnete die neue Haltung als „hervorragend“. Veronika Grimm, Mitglied im Sachverständigenrat, der die Bundesregierung berät, sagte auf Anfrage: „Ich finde diese Entwicklung positiv und überfällig. Die Zahlungen an Russland müssen möglichst schnell runtergefahren werden.“ Sie hofft, dass nun rasch auf EU-Ebene ein Öl embargo auf den Weg gebracht werde. Grimm vermutet, dass in Brüssel vor allem mit Rücksicht auf die Präsidentschaftswahl in Frankreich von einem Öl embargo, das die Benzinpreise weiter erhöhen könnte, abgesehen wurde und nun Bewegung in die Sache kommen könnte.

Namhafte Volkswirte setzen sich seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges für ein Stopp der Energielieferungen aus Russland ein. Ak-tuell verlangen österreichische Ökonomen in einem offenen Brief ein Öl embargo der EU gegen Russland: Der Stopp der EU-Importe von Erdöl und Ölprodukten aus Russland „oder zu-mindest hohe EU-Importzölle“ als nächster Sanktionsschritt trafen Russland hart, da die Ölausfuhr für seine Deviseneinnahmen und die Kriegsfinanzierung eine vielfach größere Bedeutung habe als der Ex-port von Kohle oder Gas. Das schreiben unter anderem die Direktoren des Wirtschaftsforschungsinstitutes WIFO, Gabriel Felbermayr, und des Wiener Instituts für Vergleichende Wirtschaftsforschung, Mario Holzner. Österreich importiert selbst kein russisches Öl mehr.

dpa:

Durchsetzung von Sanktionen: Regierung plant Gesetzesänderungen

Die Bundesregierung plant gesetzliche Änderungen, um Sanktionen gegen russische Firmen und Oligarchen besser durchsetzen zu können. Das sagte eine Sprecherin von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montag in Berlin. Es gebe einen Reformbedarf bei Strukturen. Das Gesetz solle in zwei Teile aufgeteilt werden. Der erste Teil mit sofort umsetzbaren Rechtsänderungen sei spätestens im Juni geplant, der zweite Teil mit schwierigeren Änderungen später.

Zur Umsetzung der Sanktionen gegen russische Firmen und Oligarchen hat die Bundesregierung eine Taskforce verschiedener Behörden eingerichtet. Bei der Durchsetzung von Sanktionen gibt es aber offenbar Probleme. Russland hatte am 24. Februar einen Angriff auf die Ukraine gestartet.

BMWK-PRESSEMITTEILUNG

Bundeskabinett beschließt Novelle des Energiesicherungsgesetzes aus dem Jahr 1975 – Update notwendig um Vorsorge zu stärken

Die Bundesregierung wappnet sich weiter für eine Zuspitzung der Lage auf den Energiemarkten. Dazu hat das Bundeskabinett heute in einem schriftlichen Umlaufverfahren die Novelle des Energiesicherungsgesetzes beschlossen. Das Gesetz sieht bei einer Gefährdung oder Störung der Energieversorgung weitreichende Handlungsmöglichkeiten zur Krisenbewältigung. Das reicht von Möglichkeiten der Treuhandverwaltung von Unternehmen der kritischen Energieinfrastruktur über eine Stärkung der europäischen Solidarität bis hin zu einer digitalen Plattform, die eine bessere Steuerung der Gasreduktion bei Unternehmen erlaubt. Das Energiesicherungsgesetz stammt ursprünglich den Zeiten der ersten Ölkrise in den 70er Jahren und wird nun einem umfassenden Update unterzogen, damit die Bundesregierung auch in der aktuellen Lage schnell und umfassend handlungsfähig ist. Der Entwurf ist als Formulierungshilfe beschlossen und wird in einem nächsten Schritt über die Fraktionen der Regierungskoalition in den Bundestag eingebracht.

Vizekanzler und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck erklärte dazu: „Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat zu einer angespannten Energiesituation geführt. Die Preise sind hoch, die Unsicherheit groß, Risiken vorhanden. Wir müssen uns daher darauf vorbereiten, dass sich die Lage zuspitzt. Deshalb schärfen wir mit der Novelle des Energiesicherungsgesetzes unsere Instrumente noch mal deutlich und bringen sie auf den Stand der Zeit. Damit können wir die Krisenvorsorge stärken und schnell und umfassend handeln. Es geht darum, alles zu tun, um die grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten. Dies tun wir in europäischer Solidarität und stärken auch dafür unsere Möglichkeiten.“

Mit dem Entwurf werden sogenannte Verordnungsermächtigungen im EnSiG aktualisiert und ergänzt. Dies bedeutet, dass der Bund und die Behörden bei einer unmittelbaren Gefährdung oder Störung der Energieversorgung weitreichende Handlungsmöglichkeiten zur Krisenbewältigung an die Hand bekommen und dann im Wege von Verordnungen nutzen können. Zusätzlich werden die Rechtgrundlagen für besondere Maßnahmen der Krisenvorsorge geschaffen. Sie können unter bestimmten und klar definierten Voraussetzungen schon vor Eintritt einer unmittelbaren Gefährdung oder Störung der Energieversorgung angewendet werden.

Dazu gehört, dass Unternehmen, die kritische Energieinfrastrukturen betreiben, bei Bedarf unter eine Treuhandverwaltung gestellt werden können, und zwar dann, wenn sie ihren Aufgaben nicht mehr hinreichend nachkommen und eine Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit droht. Als Ultima Ratio ist unter klar benannten und engen Bedingungen auch eine Enteignung möglich, wenn die Sicherung der Energieversorgung nicht anders gewährleistet werden kann. Zudem werden Regelungen zur Stärkung europäischer Solidaritätsmechanismen eingeführt.

Auch Änderungen und Folgeänderungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sind Teil der Novelle. Sie stärken ebenfalls die Krisenvorsorge. So muss künftig eine Stilllegung von Gaspeicheranlagen angezeigt und von der Bundesnetzagentur (BNetzA) genehmigt werden.

Außerdem werden die Voraussetzungen geschaffen, um bei kritischen Energieinfrastrukturen den Einsatz kritischer Komponenten nach dem BSI-Gesetz untersagen zu können.

Den Entwurf der Formulierungshilfe finden Sie hier:

[BMWK - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975 und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften](#)

Weitergehende Informationen zur EnSiG-Novelle:

Im Einzelnen beinhaltet die Formulierungshilfe zur Änderung des aus dem Jahr 1975 stammenden Energiesicherungsgesetzes sowie weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften folgende Maßnahmen:

- Die Bundesregierung soll zur Umsetzung der Krisenmaßnahmen digitale Plattformen errichten und einsetzen können. Für den Sektor Gas ist bereits konkret vorgesehen, dass größere Industriebetriebe und Gashändler sich auf einer Plattform registrieren und verschiedene Daten zu ihrem Gasbezug, Gasverbrauch etc. hinterlegen. Ziel ist, im Krisenfall, also wenn es einen Mangel an Gas gibt, schnell, auf Basis dieser Daten identifizieren zu können, wie und wo sich der Energieeinsatz reduzieren lässt; und gegebenenfalls notwendige Abschaltungen von Unternehmen umzusetzen.
- Es werden Regelungen zur Stärkung europäischer Solidaritätsmechanismen neu eingefügt. Dieser Mechanismus ist im europäischen Recht verankert und stellt sicher, dass die Mitgliedstaaten einander unter die Arme greifen, wenn es zu Energieengpässen kommt. Künftig kann die Bundesregierung dafür auch die Maßnahmen nach dem Energiesicherungsgesetz anwenden, wenn ein anderer Mitgliedstaat in eine solche Energiekrise gerät und Deutschland nach den Vorgaben der EU-SoS-Verordnung um Unterstützung bittet. Die gemäß SoS-Verordnung bestehende Pflicht zur Lieferung von Gas an EU-Mitgliedstaaten kann ohne diese Maßnahmen nicht erfüllt werden.
- Darüber hinaus werden in einem neuen Teil des Energiesicherungsgesetzes die Rechtsgrundlagen für besondere Maßnahmen der Krisenvorsorge geschaffen, die unter bestimmten und klar definierten Voraussetzungen schon angewandt werden können, bevor eine unmittelbare Gefährdung oder Störung der Energieversorgung eintritt. Hier ist es das Ziel, einer solchen Gefahrenlage gerade vorzubeugen.
- Dabei geht es erstens vor allem darum, besondere Maßnahmen anordnen zu können, wenn die Gefahr besteht, dass Betreiber kritischer Infrastrukturen ihren Aufgaben nicht mehr ausreichend nachkommen können und eine Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit droht. Für diese Fälle wird die Möglichkeit einer Treuhänderverwaltung über Unternehmen der kritischen Infrastruktur und als Ultima Ratio auch die Möglichkeit einer Enteignung geschaffen.
- Zweitens wird eine Regelung zur Preisanpassung entlang der gesamten Lieferkette für den Fall aufgenommen, dass Gaslieferungen aus einem Drittstaat nach Deutschland ausbleiben oder drastisch gekürzt werden. Voraussetzung ist die Feststellung erheblich verminderter Gasimporte in der Alarm- oder Notfallstufe gemäß Notfallplan Gas. Ziel

dieser Regelungen zur Preisanpassung ist es, die Marktmechanismen und Lieferketten so lange wie möglich aufrechtzuerhalten und Kaskadeneffekte zu verhindern. So ist bei verminderten Gasimporten damit zu rechnen, dass Gas am Markt deutlich teurer wird. Können die Energieunternehmen die hohen Preise nicht bezahlen bzw. ihre Verträge nicht erfüllen, drohen finanzielle Schieflagen bis hin zu Insolvenzen. Brechen aber die Energieunternehmen weg, so drohen ernste Störungen im gesamten Markt entlang der Lieferkette bis hin zum Letztverbraucher. Um das zu vermeiden, werden Preisanpassungsregeln ausnahmsweise, zeitlich befristet und unten engen Voraussetzungen zulässig.

Die Novelle enthält außerdem Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), die ebenfalls die Krisenvorsorge stärken sollen.

- So werden im EnWG Voraussetzungen geschaffen, um im Bereich kritischer Energie-Infrastrukturen den Einsatz sogenannter kritischer Komponenten untersagen zu können, wenn sonst die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich beeinträchtigt wäre, etwa weil der Hersteller der kritischen Komponenten von der Regierung eines Drittstaates kontrolliert wird.
- Zudem muss eine geplante Stilllegung von Gasspeicheranlagen künftig angezeigt und von der BNetzA genehmigt werden. Damit kann verhindert werden, dass ohne das Wissen der Bundesnetzagentur und der Bundesregierung Gasspeicher stillgelegt werden und dadurch die Energieversorgung gefährdet wird.

Eine ausführliche FAQ Liste zur Novelle des EnSiG und zu den Änderungen im EnWG finden hier: [BMWK - FAQ Liste zum Energiesicherungsgesetz](#)

Außerordentliche Sitzung des OA/GHA Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine - Zusammenfassung

Am 26. April fand die zweite außerordentliche Online-Sitzung des OA/GHA Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft unter Leitung der Arbeitskreissprecherin Martina Unseld (Siemens Healthineers) statt. Sie ermöglichte erneut den Austausch unter den Arbeitskreismitgliedern und eingeladenen Gästen zu den humanitären Hilfeleistungen für die Ukraine sowie den Auswirkungen des Krieges auf den Gesundheitssektor.

Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Gesundheit sowie des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe berichteten über die aktuelle humanitäre Lage in der Ukraine und die Umsetzung des Europäischen Katastrophenschutzmechanismus ([UCPM](#)). Der humanitäre Hilfsbedarf belaufe sich auf 4,1 Mrd. €, ca. 24 Mio. Einwohner seien momentan auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Lieferung von Hilfsgütern erfolgt durch etablierte Hubs in den Anrainerstaaten. Die Koordinierung innerhalb des Landes übernimmt die ukrainische Zivilschutzbehörde. Unternehmensseitig wurde die Prozessabwicklung über das UCPM nachgezeichnet, die Arbeitskreismitglieder stehen dazu bei Fragen zur Verfügung.

Zu den Herausforderungen für den Gesundheitssektor in der Region gehören weiterhin die Aufrechterhaltung der Lieferketten und der kritischen Infrastruktur für alle Patientinnen und Patienten. Das wird dadurch erschwert, dass Ersatzteile für Medizintechnikgüter unter der Luxusgüterembargo für Russland fallen. Auf der Sitzungsagenda stand auch der Überblick über die wichtigsten rechtlichen und regulatorischen Maßnahmen im Pharmasektor der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Kontakt: Petya Hristova, p.hristova@oa-ev.de

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
 - Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

 - VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](#)

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:
[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](#)

Untersuchungen der OSZE über Kriegsverbrechen in der Ukraine

Der österreichische Völkerrechtler Wolfgang Benedek, der zu einer OSZE-Delegation gehörte, schreibt in seinem Gastkommentar über seine Erkenntnisse bei der Untersuchung von etwaigen Kriegsverbrechen der russischen Armee in der Ukraine.

[Kriegsverbrechen in der Ukraine: Glaubhafte Nachweise - Kommentare der anderen - derStandard.at › Diskurs](#)

2. Terminübersicht

28. April 2022: Wie weiter? Konsequenzen aus dem russischen Überfall auf die Ukraine - Präsenzveranstaltung in München

Am 28. April 2022, 14:00 bis 18:00 Uhr, laden das OstWestWirtschaftsForum Bayern e.V. und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zur Präsenzveranstaltung Wie weiter? Konsequenzen aus dem russischen Überfall auf die Ukraine ein.

Ort: Hofbräukeller am Wienerplatz, München, Festsaal

Über die Website können Sie sich direkt anmelden:

www.owwf.bayern/termine/wie_weiter/

28. April: Russlandgeschäft im Krisenmodus: Mitarbeiter und Vertriebsgesellschaft managen, 10:00-11:45 Uhr

Rödl & Partner und die IHK Düsseldorf laden Sie herzlich zu einem gemeinsamen Webinar ein, welches am Donnerstag, den 28. April 2022 von 10:00 Uhr bis 11:45 Uhr (MEZ) stattfinden und wird folgendes Thema behandeln wird:

Russlandgeschäft im Krisenmodus: Mitarbeiter und Vertriebsgesellschaft managen
Viele Unternehmen passen ihr Russlandgeschäft an die neuen Gegebenheiten und das bestehende Sanktionsregime an. In diesem Webinar werden arbeits- und gesellschaftsrechtliche Aspekte behandelt.

Arbeitsrecht: wie können Mitarbeitende in Kurzarbeit oder Urlaub geschickt werden?
Welche Fristen, Formerfordernisse und Haftungsrisiken sind bei Kündigungen zu berücksichtigen?

Gesellschaftsrecht: welche Möglichkeiten bieten sich für die Reduzierung der Marktpräsenz? Wie kann eine russische Gesellschaft liquidiert werden und welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen? Welche Gefahren einer Enteignung drohen?
Zielgruppe des Webinars sind Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, Vertriebsleiterinnen und -leiter sowie -mitarbeitende und Exportverantwortliche von Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen zu Russland. Alle Teilnehmenden erhalten die Veranstaltungsunterlagen. Kosten: 49 Euro pro Person.

Anmeldung&Kontakt:

[Webinar "Russlandgeschäft im Krisenmodus: Mitarbeiter und Vertriebsgesellschaft managen" - IHK Düsseldorf](http://Webinar%22Russlandgesch%C3%A4ft+im+Krisenmodus%3A+Mitarbeiter+und+Vertriebsgesellschaft+managen%22+-+IHK+D%C3%BCsseldorf)

4. Mai: Außerordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Fachkräftesicherung zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Arbeitsmärkte in Deutschland und Osteuropa, 10:00 – 11:00 Uhr, Online

Folgende Themen stehen auf der Sitzungsagenda:

- **Unterstützung für Fachkräfte in/aus der Ukraine – OA-Aktivitäten und Unternehmensinitiativen**
- **Rahmenbedingungen für Fachkräfte aus Russland in Deutschland/Osteuropa**

Die Einladung richtet sich an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Sollten Sie als Nicht-Mitglied Interesse an einer Mitwirkung haben, melden Sie sich gerne bei Petya Hristova, p.hristova@oa-ev.de

5. Mai: Sitzung des Länderarbeitskreises Russland des Ost-Ausschusses, 11:30-13 Uhr, online

Der Länderarbeitskreis Russland des Ost-Ausschusses thematisiert erneut die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach Russlands Angriff auf die Ukraine. Die Sitzung findet online unter Leitung des Arbeitskreissprechers Mario Mehren (WintershallDea) statt.

Das Angebot richtet sich an Mitgliedsunternehmen. Sollten Sie als Nicht-Mitglied Interesse an einer Teilnahme haben, wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart, T: 030 206167 123, E-Mail: C.Schuchart@oa-ev.de

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 21. April)

[Euractiv](#)

EU-Kommissarin rechnet diese Woche mit sechstem Russland-Sanktionspaket

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, sagte, sie erwarte, dass das sechste Sanktionspaket gegen Russland noch diese Woche vorgestellt wird.

„Ich erwarte die Ankündigung des sechsten Pakets noch in dieser Woche. Es hängt davon ab, dass wir das bestmögliche Ergebnis bei den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten erzielen“, sagte Jourová dem tschechischen Fernsehen.

„Das beste Ergebnis für die Kommission sind die härtesten möglichen Sanktionen. Es ergibt jedoch keinen Sinn für uns, etwas vorzuschlagen, das keine Zustimmung finden wird“, fügte Jourová hinzu.

Jourová bestätigte, dass die wichtigsten Diskussionen über das Embargo auf russische Ölimporte geführt werden. Polen und die baltischen Staaten befürworten ein vollständiges Energieembargo, während mehrere andere Länder aus wirtschaftlichen Gründen dagegen sind, darunter Deutschland, Ungarn und Österreich.

Italien, das sich zuvor gegen ein sofortiges Verbot russischer Gaslieferungen ausgesprochen hatte, fordert nun eine Preisobergrenze, die nach Ansicht Roms Moskau einen Teil seiner Ressourcen entziehen würde.

Über das Embargo für Energieimporte hinaus diskutieren die EU-Mitgliedstaaten derzeit Sanktionen gegen Sberbank, Russlands größte Bank. Wie Jourová andeutete, dürften die Sanktionen gegen den Bankensektor mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, da es Anzeichen für einen Konsens zwischen den EU-Ländern gebe.

Die Europäische Kommission möchte die Sanktionsliste ausweiten, um weitere Einzelpersonen und Unternehmen zu erfassen.

Die EU hat bereits fünf Sanktionsrunden gegen Russland verhängt, darunter ein Embargo auf russische Kohleimporte und ein Verbot für russische und belarussische Güterkraftverkehrsunternehmen, die in der EU operieren.

Krim-Sanktionen gegen zwei weitere Personen

Am 21. April hat die EU zwei weitere Personen im Zusammenhang mit der illegalen Annexion der Krim mit Sanktionen belegt: Sergey Witaliyowitsch Kurtschenko, Jewgenij Wiktorowitsch Prigoschin

Weitere Informationen finden Sie hier.

[Ukraine: EU sanctions two additional businesspeople in relation to the illegal annexation of Crimea - Consilium \(europa.eu\)](#)

EU-Partner übernehmen EU-Sanktionen

Die EU gab in den vergangenen Tagen bekannt, dass sich eine Reihe von Ländern - Nordmazedonien, Montenegro und Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Liechtenstein und Norwegen, Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums, sowie die Ukraine und Georgien - einer Reihe von restriktiven Maßnahmen der EU angeschlossen haben. Eine Zusammenstellung der entsprechenden Pressemitteilungen finden Sie hier:

[Press releases and statements - Consilium \(europa.eu\)](#)

Neue FAQ zu EU-Sanktionen

Die Europäische Kommission hat ihre Antworten auf Fragen im Zusammenhang mit den restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland aktualisiert. Die Aktualisierungen betreffen:

- 26 April: [Central securities depositories, maritime safety and intellectual property rights](#)
- 25 April: [Customs related matters and deposits](#)
- 22 April: [Energy sector](#)
- 21 April: [Gas imports and banknotes](#)
- 20 April: [Deposits, \(re\)financing, Russian Central Bank, energy sector and humanitarian aid](#)
- 19 April: [Sale of securities](#)
- 18 April: [General questions](#)
- 14 April: [Road transport and investment funds](#)

Alle aktualisierten Leitlinien zur Umsetzung der EU-Sanktionen sind hier zu finden:
[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

EU verfügt weitere Einreiseverbote

Die EU sanktioniert zwei weitere Personen in Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine. Es handelt sich um zwei Geschäftsleute, die daran beteiligt gewesen seien, die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine bedroht oder untergraben zu

haben, hieß es in einer Mitteilung der EU-Länder. Sie hätten von der rechtswidrigen Annexion der Schwarzmeerinsel profitiert und dazu beigetragen, die Ostukraine zu destabilisieren. Die EU erkennt die Krim nicht als russisches Territorium an.

Der Ukrainer Serhij Witalijowytsch Kurtschenko hat den Angaben zufolge mit Hilfe von pro-russischen Separatisten die Kontrolle über mehrere große Metall-, Chemie- und Energieanlagen in den Separatistengebieten übernommen, ihm gehört demnach auch das größte Erdöldepot auf der Krim-Halbinsel.

Der Russe Jewgeni Wiktorowitsch Prigoschin ist der Mitteilung zufolge der inoffizielle Chef der Söldner-Gruppe Wagner und ein Freund des russischen Präsidenten Wladimir Putins. Der Gastro-Unternehmer trägt auch den Spitznamen „Putins Koch“.

Der Westen hat im Zuge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine eine Vielzahl an Sanktionen erlassen, darunter auch Einreiseverbote. Die USA haben etwa Russlands Präsidenten Wladimir Putin und seinen Außenminister Sergej Lawrow sowie weitere Regierungsmitglieder auch persönlich sanktioniert.

Polen führt zusätzliche Sanktionen gegen Russland ein

Das polnische Innenministerium hat weitere Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen aus Russland verhängt. Auf der neuen Liste stehen 50 Namen wie Milliardär Oleg Deripaska, Wildberries-Gründerin Tatjana Bakaltschuk, Alfa-Group-Miteigner Michail Fridman, Kaspersky-Chef Jewgeni Kaspersky oder Rosneft-Chef Igor Setschin. Bestraft wurden auch die Energieunternehmen Gazprom und Novatek, der Düngemittelhersteller Akron, der Lkw-Bauer KamAZ, der Softwarehersteller Kaspersky Lab, der Onlineversandhändler Wildberries.

Konkret geht es nach Angaben des polnischen Innenministeriums um eine Liste von 15 Einzelpersonen und 35 auf dem polnischen Markt tätigen Unternehmen mit Verbindungen zu Russland und Belarus, die im Zusammenhang mit der Russischen Aggression gegen die UKR mit Sanktionen belegt worden seien.

Ihre Vermögen würden eingefroren und ihre Geschäftsmöglichkeiten würde eingeschränkt. Die Entscheidung über die Sanktionen stehen in Verbindung mit einem Sondergesetz, das von Staatspräsident Duda Mitte April unterzeichnet worden sei. Sein Ziel sei es, der Unterstützung der Aggression gegen die Ukraine entgegenzuwirken und die nationale Sicherheit Polens zu schützen. Das Innenministerium hat Sanktionen sowohl gegen russische Oligarchen und Unternehmen aus Russland verhängt, die bereits auf den Sanktionslisten der EU stünden, aber auch gegen russische Firmen, die nicht von den Sanktionen der EU betroffen seien, wie z.B. der Gazprom-Konzern. So hat Innenminister Kamiński die 48%ige Beteiligung von Gazprom an EuRoPol Gaz, dem Eigentümer des polnischen Abschnitts der Jamal-Gastransitpipeline von Russland nach Deutschland eingefroren.

[Польша ввела санкции против «Газпрома», 1С и Wildberries — РБК \(rbc.ru\)](#)

[Polska wprowadza sankcje na rosyjskich oligarchów i ich polskie firmy zależne - rp.pl](#)

In diesem Beitrag aus der Zeitung Rzeczpospolita werden die polnischen Sanktionsentscheidungen ausführlich beschrieben:

Polen führt Sanktionen gegen russische Oligarchen und ihre polnischen Tochtergesellschaften ein

Polen hat ab heute Sanktionen gegen 50 russische Oligarchen, Manager und polnische Unternehmen, die mit ihnen in Verbindung stehen, verhängt. Ihr polnisches Vermögen wurde eingefroren, und es ist ihnen untersagt, in das polnische Hoheitsgebiet einzureisen und dort Geschäfte zu tätigen.

Das Ministerium für Inneres und Verwaltung hat eine Liste mit 50 Personen und Unternehmen veröffentlicht, gegen die seit dem 26. April Sanktionen verhängt worden sind. Die Art der Beschränkungen ist für jede der Listen individuell. Die häufigsten sind das Einfrieren von Vermögenswerten, das Verbot der Einreise und des Aufenthalts sowie der Durchführung von Geschäften in Polen und mit polnischen Unternehmen.

Die Liste ist alphabetisch geordnet und beginnt mit der reichsten Frau Russlands, Tatjana Bakalchuk, Gründerin und Inhaberin des größten russischen Online-Shops Wildberries.

"Seit 2021 ist das Unternehmen über seinen Eigentümer mit der Standard-Credit Bank (jetzt Wildberries Bank) und der VTB Bank verbunden. Im Juli 2021. Die Ukraine verhängte Sanktionen gegen OOO Wildberries und die Eigentümerin des Unternehmens, Tatjana Bakaltschuk, die beschuldigt wurde, russische Militäruniformen und anti-ukrainische Literatur zu verkaufen. Aufgrund der Marktposition, die Wildberries in Russland einnimmt, ist davon auszugehen, dass das Unternehmen ein bedeutender Steuerzahler ist und somit durch die Speisung des Haushalts der Russischen Föderation indirekt die Aggression gegen die Ukraine unterstützt. - rechtfertigt die Entscheidung des Innenministeriums.

An zweiter Stelle steht Oleg Deripaska, ein Kreml-naher Oligarch und größter Aktionär des Aluminiumriesen Rusal. Aber nicht nur. „Oleg Deripaska ist Eigentümer eines Unternehmens, zu dem das Industrial Military Enterprise und die Maschinenfabrik Arzamsk gehören. Das genannte Unternehmen stellt gepanzerte Mannschaftstransportwagen des Typs BTR-80 her, die während der bewaffneten Aggression in der Ukraine in diesem Jahr eingesetzt wurden (...) Auf dem Gebiet Polens ist O. Deripaska ein echter Nutznießer von Unternehmen, die unter anderem mit der Bauindustrie verbunden sind (...).“

Der Bankier Mikhail Fridman (Alfa Group) "gehört zu einer Gruppe so genannter Jelzin-Oligarchen, die durch die Unterstützung der Putin-Regierung eine Lizenz zum Betreiben von Geschäften und zum Schutz ihres Vermögens vor staatlichen Stellen erhalten haben. Sie kontrolliert ein Unternehmen, das für die russische Regierung von strategischer Bedeutung ist, und profitiert daher von der Regierung der Russischen Föderation oder unterstützt diese, deren Handlungen die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine destabilisieren oder untergraben. Es besteht die ständige Gefahr einer Koordinierung zwischen Herrn Fridman und der russischen Regierung".

Ebenfalls auf der Liste steht Michail Guerjew, der das Lukaschenko-Regime von Anfang an unterstützt hat. Bogacz hat auch Vermögenswerte in Polen. "M. Gucerjew kontrolliert indirekt die Aktiengesellschaft KUZBASKA KOMPANIA PALIWOWA (OAO KTK), die zu 100 % an der KTK POLSKA Sp. z o.o. beteiligt ist."

KTK POLSKA Sp. z o.o. ist auf den Großhandel mit Steinkohle (und Energiestoffen) aus den Lagerstätten des Kuznetsker Kohlebeckens spezialisiert. Aufgrund der Sanktionen wurde Mikhail Guceriev durch seinen Bruder Sait-Salam Guceriev (der ebenfalls polnischen Sanktionen unterliegt) als wirtschaftlicher Eigentümer ersetzt.

Jewgeni Kaspersky und seine Frau (die seit einigen Jahren geschieden ist) gründeten Russlands bekanntestes IT-Unternehmen, Kaspersky Lab. Das Unternehmen hat sich zu einem der weltweit größten Anbieter von Antiviren-Software entwickelt. Kaspersky selbst studierte an der Fakultät, die später in das Institut für Kryptographie, Telekommunikation und Informatik der Akademie des Föderalen Sicherheitsdienstes Russlands umgewandelt wurde. (...) Die Anwendung restriktiver Maßnahmen gegen einen prominenten Geschäftsmann mit Verbindungen zu den Sonderdiensten der Russischen Föderation, der in großem Umfang gefährliche Software herstellt und vertreibt, kann sich positiv auf das Niveau der Cybersicherheit des Landes auswirken, indem Unternehmen und Privatkunden sensibilisiert werden".

Polnische Unternehmen, die Software von Kaspersky Lab. verwenden, müssen daher zweimal darüber nachdenken, diese zu ersetzen.

Die Eheleute Alexandra und Andrei Melnichenko haben geschäftliche Beziehungen zu Polen. "Das oben genannte Unternehmen war ein echter Nutznießer der SUEK Polska Sp. z o.o., die sich im Besitz der SUEK AG mit Sitz in der Schweiz befindet, die zum größten Kohleproduzenten in Russland - JSC SUEK - gehört. Das polnische Unternehmen ist Exklusivimporteur für russische Kohle, die vom SUEK-Konzern auf polnischem Gebiet gefördert wird. Bis zur Verhängung der Sanktionen gehörten 92 % der Aktien der SUEK AG ihrem Gründer, Andrei Melnichenko. (...) Ab dem 21.03.2022 wird Alexandra Melnichenko - die Ehefrau von Andrej Melnichenko - als tatsächliche Nutznießerin einer Reihe von polnischen Unternehmen angegeben. Nach den uns vorliegenden Daten zielten die von Andrej Melnichenko ergriffenen Maßnahmen zur Änderung der Eigentumsverhältnisse bei den mit ihm verbundenen Unternehmen darauf ab, eine mögliche Beschlagnahme bzw. ein Einfrieren der Vermögenswerte und Finanzmittel der genannten Unternehmen zu vermeiden, die im Zusammenhang mit der Verhängung von Sanktionen erfolgen könnte".

SUEK Polska wurde ebenfalls sanktioniert. Ihr Vermögen ist eingefroren. Sie kann keine Geschäfte in Polen oder mit polnischen Unternehmen tätigen.

Auf der Liste steht auch der bis vor kurzem reichste Russe, Alexej Mordaschow (Severstal). Verbindungen zur polnischen Wirtschaft bei einem anderen reichen Russen von der schwarzen Liste - Boris Nuraliev, der in der IT-Branche tätig ist. "Boris Nuraliev erwarb 2005 das polnische Unternehmen Cenega und stieg unter dem Namen 1C Entertainment in den europäischen Spielemarkt ein (das Unternehmen wurde am 25.02.2022 verkauft). - am Tag

nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine - vollständig an das chinesische Konglomerat Tencent)".

Timur Rashidov "ist wirtschaftlicher Eigentümer und Mitglied des Vorstands von PhosAgro Polska Sp. z o.o. PhosAgro Polska Sp. z o.o. ist eine Tochtergesellschaft der PhosAgro-Gruppe, deren Eigentümer und Vorstandsvorsitzender Andrej Andrejewitsch Gurjew (Andrey Andreevich Guryev) den EU-Sanktionen unterliegt".

Igor Setschin, Vorsitzender von Rosneft und einer der engsten Vertrauten Putins, "ist indirekt mit IRL Polska spółka z o.o. mit Sitz in 00-105 Warschau, Twarda-Straße 18, verbunden". Die Liste der von polnischen Sanktionen betroffenen Personen wird von Wiktor Wekselberg, einem weiteren Oligarchen, der den Kreml sehr unterstützt, abgeschlossen.

Die vom Innenministerium sanktionierten Unternehmen sind: Acron PAO, kontrolliert von Moshe Kantor (ebenfalls auf der polnischen Liste). Das Krakauer Unternehmen Axioma DR IT sp zo.o., dessen Begünstigter Boris Nuraliev ist, unterliegt polnischen Sanktionen. Barter Coal, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Białystok, die sich zu 100 % im Besitz von Mielniczenkos Schweizer SUEK AG befindet.

Beloil Polska sp. z o.o. aus Warschau kontrolliert seit dem 25. März Belarusniet, das von der EU sanktionierte belarussische Staatsunternehmen. Ein weiteres Unternehmen ist Eurochem Polska sp.z.o.o. aus Rekcin. "EUROCHEM POLSKA sp.z.o.o. übertrug der EuroChem Group AG (Mielniczenko - Anm. d. Red.) mehr als 30 Prozent der im Jahr 2020 erzielten Einnahmen".

Die Niederlassung "FABERLIC BALTIJA SIA" Sp. z o.o. in Polen (Warschau) "ist eine Tochtergesellschaft der lettischen FABERLIC BALTIJA SIA, die sich im Besitz der russischen AO FABERLIK von Alexey Nechayev befindet." Die Sanktionen betrafen auch ein anderes polnisches Unternehmen, das mit dem russischen Unternehmen ABERLIC EUROPE Sp. z o.o. aus Warschau verbunden ist.

Go Sport Polska sp. z o.o., bekannt für sein Sportsponsoring, wurde ebenfalls in die Liste aufgenommen. "Ab 2019 befand sich das Unternehmen in französischem Besitz und wurde dann von der singapurischen Firma SPORTMASTER OPERATIONS PTE LTD aufgekauft, deren eigentliche Nutznießer Personen russischer Herkunft sind, darunter die Oligarchen Nikolay Fartushnyak, Vladimir Fartushnyak und Alexander MIHALSKIY (dt.: Nikolay FARTUSHNYAK, Vladimir FARTUSHNYAK und Alexander MIHALSKIY - Anm. d. Red.), die Mitbegründer einer der größten russischen Sportladenketten SPORTMASTER sind."

IRL Polska sp. z o.o. aus Warschau wiederum ist ein Unternehmen, das direkt mit Igor Setschin verbunden ist. Weitere Unternehmen sind Kamaz, Kaspersky Lab, Kaspersky Lab Polska sp. z o.o. aus Warschau, Kaspersky Store sp. z o.o. aus Czestochowa, K Dystrybucja sp. z.o.o. aus Czestochowa - ebenfalls eine Tochtergesellschaft von Kaspersky Lab;

KTK Polska mit Sitz in Gdańsk "ist auf den Großhandel mit Steinkohle (und energetischen Materialien) aus den Lagerstätten des Kuznetsker Kohlebeckens spezialisiert". Mega Dystrybucja sp. z.o.o. mit Sitz in Dawidy ist "ein Unternehmen, das indirekt von Mikhail Fridman kontrolliert wird", ebenso wie Mega Foods sp. z o.o.

MEDMIX POLAND sp. z o.o. (bis 3. März 2022 - SULZER MIXPAC POLAND sp. z o.o.) ist mit Wiktor Wekselberg verbunden.

Ebenfalls auf der Liste steht die PAO Gazprom aus Moskau, die "als einer der größten Konzerne, der Kohlenwasserstoffe unter anderem in die west- und mitteleuropäischen Länder liefert, 48 Prozent der Anteile an dem polnischen Unternehmen System Gazociągów Transitowych "EUROPOL GAZ" S.A." besitzt.

Die polnischen Sanktionen gegen Gazprom umfassen "das Einfrieren der Ausübung von Rechten an Aktien und anderen Wertpapieren und das Einfrieren von Dividenden sowie das Verbot der wissentlichen oder vorsätzlichen Beteiligung an Aktivitäten, deren Zweck oder Wirkung in der Umgehung der unter Buchstabe a genannten Maßnahmen besteht".

[Polska wprowadza sankcje na rosyjskich oligarchów i ich polskie firmy zależne - rp.pl](#)

EU-Hilfe bei Lieferketten-Problemen

Die Plattform Enterprise Europe Network (EEN) hilft von Lieferkettenproblemen betroffenen Unternehmen, Partner in Europa zu finden. Die EEN-Plattform „Supply Chain Resilience“ bietet ein Partnervermittlungsinstrument, das Unternehmen bei jeglicher Unterbrechung ihrer Wertschöpfungskette hilft.

[The Supply Chain Resilience \(SCR\) platform - Welcome \(b2match.io\)](#)

EU-Leitfaden zu Sanktionen

Website der EU-Generaldirektion FISMA mit allen FAQ zu den EU-Sanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Gazprom liefert nicht mehr nach Polen und Bulgarien – Streit über Rubel-Konto

Polen und Bulgarien bekommen mit sofortiger Wirkung kein russisches Gas mehr. Der russische Lieferant Gazprom soll seinen bulgarischen Partner Bulgargaz über einen Lieferstopp ab dem 27. April informiert haben, wie das Energieministerium in Sofia mitteilte. Kurz davor hatte der polnische Energieversorger PGNiG mitgeteilt, man sei von Gazprom über einen Stopp der Lieferungen durch die Jamal-Pipeline ab Mittwoch benachrichtigt worden. Beide Staaten wollen Erdgas nicht wie von Moskau gefordert über ein Doppelkonto Dollar-Rubel bei der Gazprombank bezahlen. Diese Zahlungsmethode wäre nach Einschätzungen aus Brüssel auch im Rahmen bestehender EU-Sanktionen zulässig: Die EU-Kommission hatte am Freitag erklärt, dass EU-Unternehmen weiter für russisches Gas bezahlen können, ohne europäische Sanktionen gegen Moskau zu verletzen. Ein Sprecher der Behörde sagte am Freitag mit Blick auf das russische Dekret: "EU-Unternehmen können ihre russischen Geschäftspartner auffordern, ihre vertraglichen Verpflichtungen auf dieselbe Weise zu erfüllen wie vor der Verabschiedung des Dekrets, d.h. durch Hinterlegung des fälligen Betrags in Euro oder Dollar." Das russische Dekret schließe ein Zahlungsverfahren, das in Einklang mit den Sanktionen der EU stehe, nicht aus. Jedoch sei das Verfahren für Ausnahmen von den Anforderungen des Dekrets noch unklar.

Hier die Pressemitteilung des polnischen Energieversorgers:

Informationen zur Aussetzung der Erdgaslieferungen im Rahmen des Jamal-Vertrags

Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo SA (PGNiG) informiert, dass die von Gazprom im Rahmen des Jamal-Vertrags gelieferten Erdgaslieferungen vollständig eingestellt wurden. Die Situation wirkt sich derzeit nicht auf die aktuellen Lieferungen an PGNiG-Kunden aus, die Kraftstoff entsprechend der Nachfrage erhalten.

Obwohl PGNiG alle seine Verpflichtungen aus dem Jamal-Vertrag erfüllte, stellte Gazprom am 27. April dieses Jahres die Lieferung von Erdgas ein, zu dem Gazprom im Rahmen dieses Vertrags und der Nominierung von PGNiG verpflichtet ist.

Nach Ansicht von PGNiG stellt die Einschränkung der Erdgasversorgung einen Verstoß gegen den Jamal-Vertrag dar. PGNiG behält sich vor, Ansprüche auf Aussetzung von Lieferungen geltend zu machen und wird zu diesem Zweck alle vertraglichen Rechte des Unternehmens und Rechte aus gesetzlichen Bestimmungen nutzen.

Nach Informationen, die PGNiG von Gazprom zur Verfügung gestellt wurden, stoppte es die Lieferungen im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Dekrets des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 172 vom 31. März 2022 "Über ein besonderes Verfahren zur Erfüllung der Verpflichtungen ausländischer Käufer gegenüber russischen Erdgaslieferanten".

Mit dem Dekret soll versucht werden, eine Verpflichtung für einige Kunden von Gazprom einzuführen, Abwicklungskonten bei einer Bank in der Gerichtsbarkeit der Russischen Föderation zu führen und das Gas in russischen Rubel zahlen. Nach einer gründlichen Analyse des Dekrets lehnte der Vorstand der PGNiG solche vorgeschlagenen Abwicklungsbedingungen als unvereinbar mit den geltenden Bestimmungen des Jamal-Vertrags ab und beschloss, Zahlungen gemäß den bestehenden Regeln des Vertrags zu begleichen.

Derzeit erhalten die Kunden von PGNiG trotz der Einstellung der Lieferungen durch Gazprom Gas gemäß der gemeldeten Nachfrage.

Dank der konsequenten Umsetzung der Strategie der Diversifizierung der Quellen und Richtungen der Gaslieferungen nach Polen durch PGNiG und GAZ-SYSTEM hat PGNiG die Möglichkeiten in Bezug auf die Gewinnung diversifiziert. Das Unternehmen hat die Möglichkeit, Gas sowohl aus der Europäischen Union zu beziehen, dank der Verbindungen mit Deutschland und der Tschechischen Republik, als auch aus dem internationalen LNG-Markt über das Terminal in Świnoujście, dessen Regasifizierungskapazität in diesem Jahr erhöht wurde. Eine wichtige Erdgasquelle ist auch die Förderung aus inländischen Lagerstätten, und eine zusätzliche Sicherheit für die Möglichkeit, die Binnennachfrage zu befriedigen, sind Gasspeicher in Polen, die derzeit eingespeist werden und deren Füllstand derzeit bei etwa 80 Prozent liegt.

PGNiG steht in ständigem Kontakt mit der OGP GAZ-SYSTEM SA, die für die Sicherheit der Übertragungsinfrastruktur in Polen verantwortlich ist. Die Unternehmen beobachten die Situation und werden den Markt auf dem Laufenden halten.

<https://pgnig.pl/aktualnosci/-/news-list/id/informacja-o-wstrzymaniu-dostaw-gazu-ziemnego-w-ramach-kontraktu-jamalskiego/newsGroupId/10184>

TASS

EU will Gasbezüge aus Russland durch Länder, die bereit sind, in Rubel zu zahlen, vorübergehend erhöhen

Damit sollen die Lieferkürzungen an Polen und Bulgarien ausgeglichen werden, so eine Quelle bei den EU-Institutionen in Brüssel.

Die Europäische Union wird ihre vorübergehenden Käufe von russischem Gas über Staaten, die bereit sind, in Rubel zu zahlen, deutlich erhöhen, um die Aussetzung der Lieferungen an Polen und Bulgarien zu kompensieren. Dies wurde der TASS am Mittwoch von einer Quelle in den EU-Institutionen in Brüssel berichtet.

Heute fand eine Dringlichkeitssitzung der Koordinierungsgruppe "Erdgas" im Zusammenhang mit der Situation in Polen und Bulgarien statt. Eine der vorläufigen Entscheidungen war, die Gasbezüge aus Russland über die verbleibenden Kanäle deutlich zu erhöhen, was es Polen und Bulgarien ermöglichen wird, zusätzliches Gas auf dem europäischen Markt zu kaufen. Die EU arbeitet außerdem mit allen Partnern zusammen, um eine verstärkte Versorgung mit Gas, vor allem mit verflüssigtem Erdgas (LNG), sicherzustellen", sagte er.

"Langfristig bekräftigen die EU-Länder ihre Absicht, die Gaslieferungen aus Russland so schnell wie möglich - in den kommenden Monaten oder Jahren - zu minimieren oder ganz einzustellen und durch andere Quellen zu ersetzen. Die EU wird den Übergang zu grüner Energie erzwingen", so die Quelle weiter.

Die Quelle sagte, dass Polen und Bulgarien nach Schätzungen der EU derzeit keinen Gasmangel haben und technisch in der Lage sind, sowohl Pipelinegas vom europäischen Markt als auch Flüssiggas zu beziehen. Er wies auch darauf hin, dass in Brüssel die Einstellung der Lieferungen an Warschau und Sofia aufgrund der Weigerung, in Rubel zu zahlen, "eindeutig als Verstoß gegen die langfristigen Verträge Russlands mit diesen Ländern betrachtet wird". Die Europäische Kommission hält den Dollar und den Euro nicht für gefährdete Währungen, die nach der Verhängung von Sanktionen gegen Russland für internationale Zahlungen unzuverlässig sind. Am Mittwoch berichtete Bloomberg, dass mindestens zehn europäische Unternehmen - Abnehmer von russischem Erdgas - bereits Konten für Gaszahlungen in Rubel eröffnet haben, von denen vier bereits Zahlungen für Gaslieferungen aus Russland in Rubel geleistet haben.

Am 27. April gab Gazprom bekannt, dass es die Gaslieferungen an Bulgargaz (Bulgarien) und PGNiG (Polen) wegen nicht fristgerechter Zahlung in Rubel vollständig eingestellt hat. Am 26. April teilte Gazprom den polnischen und bulgarischen Importeuren mit, dass sie ab dem 27. April keine Gaslieferungen mehr erhalten, weil sie sich weigern, die Abschlusszahlungen in russischen Rubeln zu leisten. Am 23. März ordnete der russische Präsident Wladimir Putin an, Zahlungen für russische Gasexporte in nicht befreundete Länder in Rubel umzurechnen. Er sagte, Russland werde sich weigern, Zahlungen im Rahmen solcher Verträge in kompromittierten Währungen, einschließlich Dollar und Euro, zu akzeptieren.

TASS

Russland verhängt Sanktionen gegen 287 Mitglieder des britischen Unterhauses

Das russische Außenministerium erklärte, dass die Zielpersonen "am aktivsten an der Ausarbeitung der antirussischen Sanktionsinstrumente Londons beteiligt waren".

Russland verhängt als Reaktion auf die britischen Sanktionen gegen Mitglieder der russischen Staatsduma persönliche Beschränkungen für 287 Mitglieder des britischen Unterhauses. Dies geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung des russischen Außenministeriums hervor.

"Als Reaktion auf die Entscheidung der britischen Regierung vom 11. März 2022, 386 Mitglieder der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation auf die Sanktionsliste zu setzen, werden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit persönliche Beschränkungen für 287 Mitglieder des Unterhauses des britischen Parlaments verhängt", heißt es in dem Text. Auf der Liste steht auch der Sprecher des britischen Unterhauses, Lindsay Harvey Hoyle.

"Die genannten Personen, denen fortan die Einreise in die Russische Föderation untersagt ist, waren aktiv an der Ausarbeitung der antirussischen Sanktionsinstrumente Londons beteiligt und tragen zum grundlosen Aufbau einer russophoben Hysterie in Großbritannien bei", so das Ministerium weiter.

Das russische Außenministerium wies darauf hin, dass die feindselige Rhetorik und die weit hergeholt Anschuldigungen der britischen Abgeordneten den Kurs Londons zur Dämonisierung Moskaus und seiner internationalen Isolierung unterstützen und von den Gegnern eines von gegenseitigem Respekt geprägten Dialogs mit Russland dazu benutzt werden, die Grundlage der bilateralen Zusammenarbeit zu untergraben. "Angesichts der Bemühungen Londons um eine konsequente Verschärfung der antirussischen Sanktionen wird die Arbeit an Gegenmaßnahmen, einschließlich der Ausweitung der russischen Stopp-Liste, fortgesetzt", warnte das Büro.

Agentengesetz in Russland nimmt womöglich auch westliche Unternehmen ins Visier

Die Association of European Business (AEB) in Russland berichtet über einen russischen Gesetzesentwurf, der den Status eines ausländischen Agenten regelt und am 25. April der russischen Duma vorgelegt wurde und hat dem Verband der europäischen Wirtschaftsverbände Business Europe die folgende Zusammenfassung des Entwurfs zur Verfügung gestellt:

- Der Gesetzentwurf formuliert Begriffe wie "ausländischer Agent" und "ausländischer Einfluss".
- Als ausländischer Agent soll eine Person gelten, "die Unterstützung erhalten hat und (oder) in anderer Form unter ausländischem Einfluss steht" und Tätigkeiten ausübt, die im Gesetzentwurf beschrieben werden: politische, gezielte Sammlung von Informationen im Bereich der militärischen und militärisch-technischen Aktivitäten Russlands, Verbreitung von Nachrichten und Materialien, die für einen unbegrenzten Personenkreis bestimmt sind, sowie Beteiligung an der Erstellung solcher Nachrichten und Materialien.
- Ausländische Einflussnahme bedeutet die Unterstützung einer Person durch eine ausländische Quelle (z. B. einen ausländischen Staat, seine Behörden, internationale Organisationen) und die Beeinflussung dieser Person, "auch durch Zwang, Überredung" sowie durch andere Mittel.
- Ausländische Unterstützung bezieht sich auf die Entgegennahme ausländischer Finanzmittel, organisatorische, methodische, wissenschaftliche und technische Unterstützung sowie Unterstützung in anderer Form.
- Es ist möglich, als ausländischer Agent eingestuft zu werden, ohne dass eine ausländische Finanzierung oder diese oder andere Arten von Unterstützung vorliegen, sondern zum Beispiel als Ergebnis der "Einwirkung" einer ausländischen Quelle. Die Bestimmung, die es ermöglicht, jemanden als ausländischen Agenten anzuerkennen, ohne finanzielle Mittel oder

Unterstützung zu erhalten, existiert bereits im Gesetz "Über Maßnahmen zur Beeinflussung von Personen, die in Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten verwickelt sind..." und gilt nur für Einzelpersonen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit (sie gilt nicht für Personen, die jetzt als ausländische Medienagenten anerkannt sind).

- Nun wird vorgeschlagen, diese Norm auf alle Kategorien ausländischer Agenten auszuweiten.
- Der Gesetzentwurf sieht die Schaffung eines einheitlichen Registers für ausländische Agenten anstelle der bestehenden Register vor.
- Wenn eine Person in das Register aufgenommen wird, muss das Justizministerium nun angeben, auf welcher Grundlage diese Person als ausländischer Agent anerkannt wurde, und zwar unter Angabe der spezifischen Normen" des Gesetzes.
- Mit dem Gesetzentwurf wird auch ein einheitliches Verfahren für den Ausschluss aus dem Register eingeführt. Insbesondere kann ein ausländischer Agent nach einer außerplanmäßigen Inspektion durch das Justizministerium aus dem Register gestrichen werden, wenn festgestellt wird, dass der ausländische Agent in dem Jahr vor dem Antrag auf Streichung keine ausländische Finanzierung oder Unterstützung erhalten hat und nicht an politischen oder anderen im Gesetzentwurf beschriebenen Aktivitäten beteiligt war.

Zugehöriges Dokument (auf Russisch):

[№113045-8 Законопроект :: Система обеспечения законодательной деятельности \(duma.gov.ru\)](#)

Russland weist 40 deutsche Diplomaten aus

Russland hat 40 deutsche Diplomaten zu „unerwünschten Personen“ erklärt und damit deren Ausweisung verfügt. Dem deutschen Botschafter in Moskau sei am Montag ein Protestschreiben gegen die unfreundliche Politik Berlins und gegen die Ausweisung von 40 russischen Diplomaten Anfang April übergeben worden, teilte das Außenministerium in Moskau mit. Die Zahl entspricht nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur etwa einem Drittel des deutschen diplomatischen Korps in Russland.

Russland verfügt Einreiseverbote

Russland hat als Antwort auf westliche Sanktionen infolge des Ukraine-Kriegs erneut Dutzende Einreiseverbote gegen US-Bürger und Kanadier verhängt. Unter den namentlich Genannten sind diesmal der Chef des Facebook-Konzerns Meta, Mark Zuckerberg, und US-Vizepräsidentin Kamala Harris. Das Außenministerium in Moskau veröffentlichte eine Liste mit Namen von 29 US-Bürgern und 61 Kanadiern, darunter Regierungsvertreter, Militärs, Wissenschaftler, Unternehmer, Experten und Journalisten.

Zuvor hatte Russland schon Einreiseverbote gegen US-Präsident Joe Biden sowie Politiker aus der Europäischen Union, Großbritannien, Australien und Neuseeland erlassen. Moskau beklagte "einen russlandfeindlichen Kurs" der Genannten. Das russische Außenministerium warf der kanadischen Regierung vor, nicht nur Waffen, sondern auch Söldner in die Ukraine zu schicken. Den kanadischen Ausbildern der ukrainischen Streitkräfte drohte Moskau mit "Bestrafung", weil sie mit verantwortlich seien für die von "nationalistischen Bataillonen" begangenen Kriegsverbrechen.

Russland erlaubt Parallelimporte und verstößt gegen Urheberrechte

Als Folge der Sanktionen gegen Russland sind in einigen, vor allem hochtechnologischen Bereichen bereits deutliche Engpässe in den Branchen zu spüren. Aufsehen erregte vor einigen Tagen u.a. die Meldung, dass vorübergehend Autos produziert und zugelassen werden dürfen, die die Umweltklassen Euro-0 erfüllen – ein Rückfall in die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts. Der Grund für diese Maßnahme ist das Fehlen von Steuergeräten und technologischen Bauteilen u.a. für Katalysatoren.

Mit der durch das russische Ministerium für Industrie und Handel ausgearbeiteten und durch Premierminister Mischustin ([Постановление Правительства РФ \(government.ru\)](#)) bestätigten Liste ist die Einfuhr von Produkten und Komponenten ohne die Genehmigung des Originalherstellers erlaubt, ein Verstoß gegen die geistigen Eigentums- und Urheberrechte.

Zu den Herstellern zählen Produzenten von Luxusautos (u.a. Land Rover, Jeep, Jaguar, Chrysler, Bentley, Cadillac, Tesla, Volvo, Skoda, Toyota, Nissan), Uhren, Smartphones und elektronischen Geräten (Apple, Asus, HP, Panasonic, Samsung, Nokia, Sony, Intel), Haushaltstechnik (Electrolux, Miele, Siemens, Dyson) Reifen (Continental, Bridgestone, Michelin, Goodyear), Automotoren (Cummins, Deutz, Kubota, Hyundai, Nissan, Volkswagen, Toyota, Volvo, Scania) und Ausrüstungen für bestimmte Branchen wie Bergbau, Transport, Eisenbahn usw. Insgesamt beinhaltet die Liste mehr als 200 Hersteller.

[Минпромторг подготовил перечень товаров для параллельного импорта в Россию | Forbes.ru](#)

[Постановление Правительства РФ \(government.ru\)](#)

[Бренды — в гости к нам: Apple импортируют в Россию без его согласия | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

RBK:

Putin bremst Gegensanktionen gegen Unternehmen

Internationale Unternehmen, die in Russland geblieben sind, sollen in Ruhe arbeiten können, forderte Präsident Putin im Rahmen einer erweiterten Sitzung des Präsidiums der russischen Generalstaatsanwaltschaft. Er wies die Regierung und die Strafverfolgungsbehörden an, den regulatorischen und administrativen Aufwand für Unternehmen zu verringern. Insgesamt müsse die Wirtschaft vor dem Hintergrund westlicher Sanktionen vor „übermäßigen, unangemessenen und unnötigen“ Kontrollen geschützt werden – dies gelte sowohl für inländische als auch für ausländische Firmen.

[Путин попросил «спокойно дать работать» оставшимся иностранным компаниям — РБК \(rbc.ru\)](#)

Grenzübergänge für den Warenverkehr Richtung Belarus/Russland

Seit dem 9. April 2022 gelten im Rahmen des 5. Sanktionspakets der EU verschärzte Einreiseregeln für in Russland und Belarus registrierte Fahrzeuge in die Europäische Union.
[EU agrees fifth package of sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

Belarus hat darauf reagiert. Seit dem 16. April 2022, 00.00 Uhr, dürfen in der Europäischen Union zugelassene Lastkraftwagen und Zugmaschinen nach Belarus (einschließlich Transit) nur noch an speziell für den Frachtverkehr und der Abwicklung von Gütern bestimmten Orten kontrolliert werden.

In der EU zugelassene Fahrzeuge, die Post, lebende Tiere, übergroße und humanitäre Güter befördern, fahren ohne Einschränkungen. Ab dem 23. April 2022 werden die belarussischen Zollbehörden in der EU zugelassene Lastkraftwagen und Zugmaschinen, die keine Kontrollpunkte passiert haben, nicht mehr an speziell dafür vorgesehene Orte für Frachtvorgänge und das Auffangen von Waren weiterleiten.

Das Zollkomitee von Belarus hat eine Liste von Orten / zuständigen Grenzübergangsstellen veröffentlicht, die wir hiermit mit Ihnen Teilen:

The list of places to which international cargo transportation vehicles registered in the European Union can proceed for cargo operations and interception from road checkpoints

No	Name of the place	Name of the checkpoint
1.	Customs clearance point Brest-Beltamozhservice	Kozlovichi
2.	Customs clearance point Brest-Beltamozhservice-2	
3.	Customs clearance point Berestovica-TLC	
4.	Waiting area of the electronic queue system for vehicles to enter the road checkpoint Berestovica*	Berestovica

5.	Customs clearance point Bruzgi-TLC	Bruzgi, Privalka, Berestovica
6.	Waiting area of the electronic queue system for vehicles to enter the road checkpoint Bruzgi*	Bruzgi
7.	Customs clearance point Grodno-CCP-2	Privalka
8.	Lida-auto customs clearance point	
9.	Waiting area of the electronic queue system for vehicles to enter the road checkpoint Benyakoni*	Benyakoni
10.	customs clearance point Kamenny Log -Beltamozhservice	Kamenny Log, Kotlovka, Vidzy
11.	Waiting area of the electronic queue system for vehicles to enter the road checkpoint Kotlovka*	Kotlovka
12.	The waiting area of the electronic queue system for vehicles to enter the road checkpoint Grigorovshchina*	Grigorovshchina
13.	Waiting area of the electronic queue system for vehicles to enter the road checkpoint Urbany *	Urbany, Vidzy
14.	Polotsk Customs clearance point-Fiberglass	Grigorovshchina, Urbany, Vidzy

*in waiting areas, only re-hooking operations can be performed

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Manager Magazin:

Uniper sieht mögliche Lösung im Rubel-Streit um russisches Gas - manager magazin (manager-magazin.de)

Der Düsseldorfer Energiekonzern Uniper hält die Abwicklung der Zahlungen für die russischen Gaslieferungen auch künftig für machbar, ohne die vom Westen verhängten Sanktionen zu untergraben. Die EU-Kommission hatte am Freitag einen möglichen Weg aufgezeigt. Der Energiekonzern Uniper erklärte am Montag: „Ein Vorgehen im Einklang mit geltendem Sanktionsrecht ist für uns unabdingbar.“

Im Streit um die Abrechnung russischer Gaslieferungen in Rubel hält der Düsseldorfer Energiekonzern Uniper eine Lösung auch im Rahmen der vom Westen verhängten Sanktionen für möglich. "Ein Vorgehen im Einklang mit geltendem Sanktionsrecht ist für uns unabdingbar", erklärte ein Uniper-Sprecher am Montag. Der Konzern prüfe die von der EU-Kommission vorgelegten Fragen zu diesem Thema. "Nach einer ersten und daher noch unverbindlichen Einschätzung halten wir eine konforme künftige Zahlungsabwicklung weiterhin für machbar." Uniper stehe deswegen in einem engen Austausch mit der Bundesregierung.

Russland hat Länder wie Deutschland aufgefordert, die Gaslieferungen künftig in Rubel zu bezahlen. Die Bundesregierung hatte dies mit Verweis auf die gegen Russland wegen des Ukraine-Kriegs verhängten Sanktionen abgelehnt.

Die EU-Kommission hatte am Freitag erklärt, dass EU-Unternehmen weiter für russisches Gas bezahlen können, ohne europäische Sanktionen gegen Moskau zu verletzen. Ein Sprecher der Behörde sagte am Freitag mit Blick auf das russische Dekret: "EU-Unternehmen können ihre russischen Geschäftspartner auffordern, ihre vertraglichen Verpflichtungen auf dieselbe Weise zu erfüllen wie vor der Verabschiedung des Dekrets, d.h. durch Hinterlegung des fälligen Betrags in Euro oder Dollar." Das russische Dekret schließe ein Zahlungsverfahren, das in Einklang mit den Sanktionen der EU stehe, nicht aus. Jedoch sei das Verfahren für Ausnahmen von den Anforderungen des Dekrets noch unklar.

Probleme bei IT-Beschaffung

Vor dem Hintergrund westlicher Sanktionen bitten große IT-Unternehmen die russische Regierung um Unterstützung bei der Beschaffung von Computerausstattung wie Servern und Speichersystemen. Wie die Tageszeitung Kommersant berichtet, fehle es derzeit an Lieferanten, die bereit seien, die notwenigen Komponenten nach Russland zu liefern. Für russische Unternehmen sei deshalb der Kauf ausländischer Technik, sogar gebrauchter, derzeit so gut wie unmöglich. Trotz der angespannten Situation sieht das russische Handelsministerium allerdings „keinen Grund für eine Verschärfung der Situation“ auf dem Markt, schreibt Kommersant.

UPS stoppt Aktivitäten

Das US-amerikanische Logistikunternehmen UPS stellt nach Angaben von Reuters seine kommerziellen Aktivitäten in Russland, Belarus und der Ukraine ein. Wie die Nachrichtenagentur erfuhr, haben diese drei Länder 2021 nur knapp ein Prozent des weltweiten Umsatzes von UPS ausgemacht. Deshalb drohe durch den Betriebsstopp kein nennenswerter Schaden.

Online-Handel bricht ein

Der Rückzug der Bezahldienste Visa und MasterCard aus Russland haben die Onlinebestellungen im Ausland einbrechen lassen: Laut dem russischen Verband der Onlinehändler AKIT fielen die grenzübergreifenden Käufe im März gegenüber dem Vorjahresmonat um 55%. In den Monaten zuvor war die Tendenz noch positiv: Im Januar betrug das Wachstum 67%, im Februar 28%. Von den im März verbliebenen Auslandskäufen entfielen laut AKIT 98% auf die russisch-chinesische Handelsplattform AliExpress. Im Januar gingen noch 11% der russischen Bestellungen in die USA, 6% nach Großbritannien (China: 75%).

Ausländer verlassen Moskau

In Moskau sind die Preise für hochklassige Mietwohnungen (ab rund 2000 Euro im Monat) gefallen, nachdem viele westliche Ausländer die Stadt verlassen haben. Makler berichten von Preisnachlässen von 10 bis 15% gegenüber den Februarpreisen. Der Immobilienberater Knight Frank zählte im 1. Quartal 30% weniger Neuvermietungen als im vorangehenden Quartal. Bis 2014 habe der Anteil der ausländischen Mieter teurer Wohnungen bei 60 bis 70% gelegen und sei danach auf 30% gefallen, so Knight Frank. Nach einer Erholung zwischen 2016 und 2019 habe die Pandemie zu einem neuen Rückgang geführt. Zurzeit entfallen 1 bis 2% des Markts auf die Expats.

Neue Online-Fachzeitschrift für Außenwirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Russland und Ukraine

Der Verlag C.H.BECK hat das große rechtliche Informationsbedürfnis im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den Russlandsanktionen zum Anlass genommen, mit der UKuR (Ukraine-Krieg und Recht) eine neue Online-Fachzeitschrift unter der geschäftsführenden Herausgeberschaft und Schriftleitung von Anwältinnen und Anwälten von GvW Graf von Westphalen und Noerr zu gründen. Es werden außenwirtschaftsrechtliche Fragestellungen und die rechtlichen Entwicklungen in Russland und der Ukraine behandelt. Die Fachzeitschrift erscheint alle zwei Wochen – mit praxisnahen Kurzaufsätzen, aktuellen Nachrichten sowie der neuesten Rechtsprechung zu den wirtschaftsrechtlichen Implikationen des Angriffskrieges.

Weitere Informationen:

[UKuR - beck-online](#)

5. Sanktionen der USA

General Licenses zu GAZ Group

Am Montag hat das Office of Foreign Asset Control die License 13R sowie die License 15L veröffentlicht, die beide die Abwicklung von Geschäft mit der russischen GAZ Group bis 25. Mai 2022 betreffen.

[ukraine_gl13r.pdf \(treasury.gov\)](#)

[ukraine_gl15l.pdf \(treasury.gov\)](#)

Gleichzeitig wurden auch neue FAQ veröffentlicht:

[Frequently Asked Questions - Recently Updated | U.S. Department of the Treasury](#)

U.S.-Maßnahmen zur Exportkontrolle - nützliche Zusammenfassung und Anleitung

Das U.S. Department of Commerce, Bureau of Industry and Security (B.I.S), hat eine nützliche Zusammenfassung aller von den USA im Bereich der Exportkontrollen ergriffenen Maßnahmen veröffentlicht, die auch Leitlinien enthält. Dieses Material kann hier abgerufen werden.

[Russia-Belarus \(doc.gov\)](#)

OFAC aktualisiert seine FAQs

Am 20. April 2022 hat das OFAC eine neue häufig gestellte Frage veröffentlicht, die sich auf die Pflichten von Betreibern von Kreditkartensystemen in Bezug auf Zahlungskarten bezieht, die von sanktionierten russischen Finanzinstituten ausgegeben werden.

[1030 | U.S. Department of the Treasury](#)

Weitere Meldungen aus den USA:

[China und die USA: Debatte über Sanktionen im Ukraine-Krieg \(merkur.de\)](#)

München/Washington/Peking – Heute kann jede Kleinigkeit zwischen den USA und China ein diplomatisches Theater auslösen. Die Evakuierung nicht-essentiellen Personals des US-Generalkonsulats im abgeriegelten Shanghai ebenso wie die Reise einer US-Delegation nach Taiwan oder die Sperrung des Wahlkampfkanals von John Lee durch YouTube. Der wohl künftige Regierungschef Hongkongs steht seit 2020 auf einer US-Sanktionsliste. In allen

Fällen gab es scharfe Reaktionen aus dem Pekinger Außenministerium. Doch eigentlich sind das Nebenschauplätze, die hauptsächlich zeigen, wie angespannt die Beziehungen zwischen den beiden Großmächten geworden sind.

Beide befinden sich seit Jahren in einem Handelskrieg. Auch setzte Washington chinesische Firmen wie Huawei auf schwarze Listen, die sie vom Einkauf in Amerika ausschließen. Die USA verhängten Sanktionen und Einfuhrverbote wegen der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang. Umgekehrt wettert China bei jeder Gelegenheit gegen das Machtstreben der USA. Es fühlt sich etwa durch den Aufbau von Allianzen im Indopazifik eingekreist. Die USA und ihre Verbündeten sehen derweil China als Gefahr für Frieden und „regelbasierte Ordnung“ in der Region. Die Zeiten einer vorsichtigen Kooperation sind jedenfalls vorbei.

Und jetzt geraten beide auch im Ukraine-Krieg zunehmend aneinander. China steht Russland zur Seite – wo immer es das tun kann, ohne die EU und die USA zu sehr gegen sich aufzubringen. Von den Märkten des Westens ist die seit Beginn der Omikron-Welle zunehmend wackelige Wirtschaft der Volksrepublik stärker abhängig als von Russland. Was die politische Führung wirklich denkt, weiß ohnehin niemand. Doch öffentlich gibt China den USA und der Nato die Schuld an der Eskalation in der Ukraine — und nicht etwa Russland.

China: Wie umgehen mit der pro-russischen Neutralität Pekings?

Vor allem in den USA ringt man daher zunehmend mit der Frage, wie der Westen mit China umgehen solle — und ob man Peking eventuell für seine fehlende Kritik an Moskau und generelle Tatenlosigkeit bestrafen müsse. Von Anfang an gab es Argwohn, dass China die westlichen Sanktionen gegen Russland unterlaufen könnte. Dafür gibt es nach Ansicht von Experten bisher aber keine Anzeichen. Öffentlich kritisiert China zwar vehement die Sanktionen des Westens — scheint gegen diese bislang jedoch nicht verstößen zu haben.

So weigerte sich Chinas Zahlungssystem UnionPay — etwa entsprechend dem europäischen GiroCard-System —, mit Russlands größter Bank Sberbank zu kooperieren. Banken stoppten schon zu Beginn des Krieges die Finanzierung von Rohstoffimporten, und China lieferte Russland keine Flugzeug-Ersatzteile. Im März gingen zudem die Importe von Kohle und Erdöl aus Russland zurück. Diplomaten und Firmen hätten sich in den USA und bei ihren Anwälten genau über jedes Detail der US- und EU-Sanktionen erkundigt, berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg. Die chinesischen Anfragen betrafen demnach Themen wie mit US-Dollar bezahlte Transaktionen oder den Verkauf von Waren nach Russland, die auf US-Technologie basieren.

China: Drahtseilakt im Ukraine-Krieg

China versucht seit Ausbruch des Ukraine-Krieges einen wenig überzeugenden Spagat. Peking betont zwar das Recht der Ukraine auf Souveränität — besteht aber weiterhin auf einer „grenzenlosen“ Partnerschaft und normalem Handel mit Moskau. Es weigert sich, die Invasion zu kritisieren – oder sie überhaupt als Invasion zu bezeichnen. Und das selbst noch dann, als Bilder von Massakern wie in Butscha weite Teile der Welt schockierten. Stattdessen verbreiten Staatsmedien Desinformation des Kreml.

Aufgrund dieser Position hat China Mühe, Argumente zu formulieren, die im Westen Anklang finden. Zuletzt versuchte es Qin Gang, Chinas Botschafter in Washington. Gestörte Beziehungen zwischen den USA und China seien nicht gut für die Welt, schrieb Qin im konservativen US-Fachmagazin für internationale Beziehungen, The National Interest. „Schlechtere Beziehungen zwischen Russland und den USA bedeuten keine besseren Beziehungen zwischen China und den USA. Ebenso bedeutet eine schlechtere Beziehung zwischen China und Russland keine bessere Beziehung zwischen den USA und Russland.“

Immerhin sprachen diese Woche die Verteidigungsminister beider Länder, Lloyd Austin und Wei Fenghe, miteinander – unter anderem über den Ukraine-Krieg. Nach Angaben der chinesischen Seite forderte Wei dabei, dass die USA aufhören, das Thema zu nutzen, um „China zu verleumden, zu verleumden, zu bedrohen und unter Druck zu setzen“.

USA: Debatte über Sekundärsanktionen gegen China

Die USA bleiben unbeeindruckt. Sowohl die Biden-Regierung als auch die EU nutzten die jüngsten Gespräche mit Staatschef Xi Jinping, um China davor zu warnen, Russland direkter militärisch oder wirtschaftlich zu unterstützen. Details sind bisher Mangelware.

Doch zumindest in den USA gibt es bereits Überlegungen für sogenannte Sekundärsanktionen gegen China und andere Länder — ähnlich wie im Konflikt mit Iran. Solche Sanktionen sind aber durchaus umstritten, da sie Staaten bestrafen, die über die primären Sanktionen gar nicht mitentscheiden konnten. Im Fall Iran können die USA auf Basis der von der Trump-Regierung erlassenen Sekundärsanktionen Drittstaaten bestrafen, wenn diese weiterhin mit Teheran Handel treiben. Das sorgte für Ärger nicht nur in China, sondern auch in der EU. 2014 hatte die Obama-Administration zudem Sekundärsanktionen verhängt, um Staaten davon abzuhalten, die Annexion der Krim durch Russland und die russische Kontrolle über den Donbass in der Ostukraine anzuerkennen.

Im US-Kongress zirkulieren nun mehrere Gesetzentwürfe über mögliche Sanktionen gegen China. Ein Entwurf sieht vor, Chinas größte Banken aus dem globalen Finanzsystem zu werfen, falls sie dazu beitragen, die Sanktionen gegen Russland zu untergraben. Die Abgeordneten seien sehr daran interessiert, „wieder ins Spiel zu kommen“, nachdem sie die Russland-Sanktionspolitik bisher hauptsächlich US-Präsident Joe Biden überlassen hatten, erfuhr das britische Magazin Economist von einem Sanktionsanwalt.

China und die USA: Wie legitim wären Sanktionen?

Doch es bleiben Fragen zu Legitimation und Sinnhaftigkeit solcher Sanktionen. Zum einen droht wirtschaftlicher Schaden. Chinas Wirtschaft ist weitaus größer als die Russlands und viel stärker mit der US-Wirtschaft und globalen Handelsströmen verwoben. China hält mehr als 3,3 Billionen US-Dollar an Devisenreserven, bestehend aus Dollar, Euro, japanischen Yen und anderen Währungen.

Noch komplizierter sind allerdings die politischen Fragen. Um China direkt zu drängen, Einfluss auf Moskau auszuüben, müsste Washington eigentlich primäre Sanktionen gezielt gegen China verhängen und dafür die Verbündeten ins Boot holen — ähnlich wie bei den

Sanktionen gegen Belarus. Sanktionen nach belarussischem Vorbild gegen Peking sind jedoch unwahrscheinlich. Denn die Aufrechterhaltung einer „normalen Handelskooperation“ mit Russland, wie Peking es nennt, ist doch etwas anderes als die Invasion der Ukraine von eigenem Boden aus zu ermöglichen — wie es Belarus vorgeworfen wird.

Alles andere als eine unbestreitbare Grundlage dafür, warum China — anders als andere formal neutrale Staaten — Sanktionen verdiene, würde zu einem erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust führen, argumentiert der britische Politikanalyst Joseph Cash, der in Peking lebt. „Bei jeder der beiden bisherigen Abstimmungen der UN-Generalversammlung zum Ukraine-Krieg blieben mindestens 35 Länder neutral.“ Dazu gehört unter anderem das vom Westen heftig umworbene Indien. Solange es keine Beweise für echte Hilfen Pekings gibt, ist das schwierig.

Auch wirft Cash die Frage auf, wer denn das Recht habe zu bestimmen, wann aus „normaler Handelskooperation“ Beihilfe zur illegalen Invasion eines souveränen Staates wird. Angesichts der Tatsache, dass Peking bestrebt sei, die „von den USA geführte Weltordnung zu diskreditieren und durch ein System der Mehrheitsherrschaft zu ersetzen“, könnten direkte Sanktionen China sogar in die Hände zu spielen, so Cash. Denn der Westen würde als ein Akteur dastehen, der sich anmaße, über solche Fragen einseitig zu bestimmen. Eine langjährige Wahrnehmung westlicher Hybris in vielen Staaten gilt ohnehin als ein Grund, warum so viele Länder im Ukraine-Krieg bislang neutral bleiben.

Falls die EU bei Sanktionen gegen Peking nicht mitzieht, könnte dies einen Riss durch die viel beschworene transatlantische Einigkeit mit sich bringen — Russland und China dürfte es freuen. Es zeigt sich: Die Sache ist knifflig.

USA: Sanktionen für Taiwan-Invasion

Doch die Planspiele in den USA gehen sogar noch weiter. Dort geht es bereits um die Frage, ob ähnlich harte Sanktionen wie jetzt gegen Russland auch gegen China infrage kämen — etwa, wenn Peking zum Sturm auf das als abtrünnige Provinz angesehene Taiwan blasen würde. Ein schon vor Kriegsbeginn im US-Kongress eingebrachter Gesetzentwurf sieht im Fall eines Angriffs Sanktionen gegen Chinas größte Banken und seine Zentralbank vor.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Tagesschau:

[**Hilfe aus Großbritannien: Kein Zoll für ukrainische Produkte | tagesschau.de**](#)

Die britische Regierung hat neue Maßnahmen zur Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft angekündigt. So verzichtet Großbritannien etwa auf die Zölle für Waren aus der Ukraine.

Großbritannien verzichtet im Rahmen eines Freihandelsabkommens auf Zölle für Waren, die aus der Ukraine stammen. Die Zölle würden vorübergehend auf null Prozent gesetzt und sämtliche Einfuhrquoten abgeschafft, teilte die britische Regierung mit. "Wir stehen in diesem anhaltenden Kampf unerschütterlich an der Seite der Ukraine und werden daran arbeiten, dass die Ukraine als freie und souveräne Nation überlebt und gedeiht", sagte Anne-Marie Trevelyan, Großbritanniens Staatssekretärin für internationalen Handel. Die Zollmaßnahmen sind Teil der Wirtschaftshilfen des Vereinigten Königreichs für die Ukraine, zu der auch Kreditgarantien in Höhe von einer Milliarde britischen Pfund gehören.

Die Maßnahme erfolgte auf direkte Bitte des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Durch die Senkung der Zölle auf wichtige Exportgüter wie Gerste, Honig, Tomatenkonserven und Geflügel auf null will die britische Regierung die ukrainische Wirtschaft in der Krise unterstützen. Derzeitig liegen die Importzölle für Waren aus der Ukraine bei rund 22 Prozent. Der britische Premierminister Boris Johnson versprach bereits bei seinem Besuch in Kiew Anfang dieses Monats, die Zölle zu senken.

Weitere Exportverbote für Abhör- und Überwachungsgeräte nach Russland

Gleichzeitig kündigte die Regierung in London neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland an. So soll ein Exportverbot für Produkte und Technologien nach Russland auf Abhör- und Überwachungsgeräte ausgeweitet werden. Man wolle alle "Schlupflöcher schließen", damit Russland keine Waren mehr aus dem Vereinigten Königreich kaufen kann, um "das heldenhafte Volk der Ukraine zu unterdrücken", hieß es in der Erklärung der Regierung. Bereits in der vergangenen Woche hatte die britische Regierung die Zollsanktionen gegen Russland und dessen Verbündeten Belarus verschärft und die Einfuhr von Silber- und Holzprodukten verboten. Zuvor waren bereits der Import von Eisen- und Stahlprodukten sowie der Export von Quantentechnologien, fortschrittlichen Materialien und Luxusgütern verboten worden. Außerdem wurden die Zölle für Produkte wie Diamanten und Gummi aus Russland um 35 Prozentpunkte erhöht

Currenttime:

London verhängt Sanktionen gegen 26 Russen und Einrichtungen aus Russland

Das Vereinigte Königreich hat Sanktionen gegen 26 natürliche und juristische Personen aus Russland verhängt.

Die britischen Behörden haben den amtierenden Leiter des Ministeriums für Notfälle Aleksandr Chupriyan, den Befehlshaber der Spezialeinheiten Valeriy Flustikov, den Generaldirektor der Russischen Eisenbahnen Oleg Belozerov, den ersten stellvertretenden Generalstabschef der Streitkräfte Nikolay Bogdanskiy, den ehemaligen Verteidigungsminister Anatoly Serdyukov, den Sprecher des Verteidigungsministeriums Igor Konashenkov, den Chef des Nationalen Verteidigungsmagazins Igor Korotchenko und die Ehefrau des Geschäftsmannes German Khan, Angelika Khan, auf die Sanktionsliste gesetzt.

Der Kalaschnikow-Konzern, das Raketen- und Raumfahrtzentrum Progress, das Zentrale Forschungsinstitut für Maschinenbau, das Wissenschaftliche Technologische Forschungsinstitut Alexandrow und eine Reihe anderer russischer Forschungsinstitute wurden ebenfalls mit Sanktionen belegt.

Großbritannien verbietet die Einfuhr von Silber, Holzprodukten und Kaviar aus Russland

Die britische Regierung sanktioniert den Import einer Reihe von Waren im Wert von 1 Milliarde Pfund aus Russland: Die Einfuhr von Silber, Holzprodukten und "hochwertigen Waren", einschließlich Kaviar, wird verboten.

Die Zölle auf Produkte aus Russland und Weißrussland im Wert von rund 130 Millionen Pfund werden um 35 Prozentpunkte erhöht, darunter Diamanten und Kautschuk. Die Ausführungsbestimmungen wurden am 21. April 2022 veröffentlicht:

[UK announces further import sanctions against Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-further-import-sanctions-against-russia)

[Additional duties on goods originating in Russia and Belarus - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/additional-duties-on-goods-originating-in-russia-and-belarus)

GB ermöglicht Zahlungsverkehr für Gasgeschäfte

Am 21. April 2022 erteilte das **Office of Financial Sanctions Implementation (OFSI)** die Allgemeingenehmigung INT/2022/1630477 für Zahlungen an die Gazprombank oder eine Tochtergesellschaft zum Zwecke der Bereitstellung von Gas in der Europäischen Union. Gemäß der Allgemeinen Genehmigung, die am 31. Mai 2022 ausläuft, kann eine Person weiterhin Zahlungen an die Gazprombank oder eine Tochtergesellschaft im Rahmen eines vor dem Datum dieser Genehmigung geschlossenen Vertrages zum Zwecke der Bereitstellung von Gas für die Verwendung in der Europäischen Union leisten, und eine

Person, ein relevantes Institut oder die Gazprombank oder eine Tochtergesellschaft kann alle Aktivitäten durchführen, die vernünftigerweise erforderlich sind, um dies zu erreichen, einschließlich der Eröffnung und Schließung von Bankkonten.

Das OFSI änderte auch die Allgemeingenehmigung INT/2022/1424276, die die Alfa Bank JSC, die GazPromBank, die Rosselkhozbank, die SMP Bank und die Ural Bank for Reconstruction and Development betrifft. Die neuen Änderungen lauten wie folgt: "Hinsichtlich der Frage, ob Gelder, die von den DPs geschuldet werden, auf ein Sperrkonto eingezahlt werden sollten, enthält die Allgemeine Genehmigung INT/2022/1424276 keine Anforderung, dass Gelder, die an die DPs als notwendiger Teil einer Person, die ihre Transaktionen mit den DPs abwickelt, zu zahlen sind, auf ein Sperrkonto eingezahlt werden. In Bezug auf Gelder, die an eine Tochtergesellschaft der DPs als notwendiger Teil einer Person zu zahlen sind, die Transaktionen mit diesen Tochtergesellschaften abwickelt, die auf ein eingefrorenes Konto eingezahlt werden müssen, bietet OFSI keine Rechtsberatung an, aber unbeschadet dessen schlagen wir vor, dass Sie prüfen, wie die Eigentums- und Kontrollbestimmungen in den russischen Verordnungen auf eine solche Zahlung angewendet werden könnten."

Lizenz für Geschäfte mit VTB und Sberbank

Am Montag hat das OFSI die Rahmenlizenz INT/2022/1280876 veröffentlicht. Im Rahmen der Lizenz können sowohl die VTB Capital plc und alle im Vereinigten Königreich ansässigen Unternehmen, die sich im Besitz der VTB Capital plc befinden oder von ihr kontrolliert werden, als auch die Sberbank CIB (UK) Ltd und alle im Vereinigten Königreich ansässigen Unternehmen, die sich im Besitz der Sberbank CIB (UK) Ltd befinden oder von ihr kontrolliert werden, ihre Ausgaben für den Grundbedarf, den laufenden Betrieb und die Instandhaltung bezahlen und können angemessene Honorare für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen oder angemessene Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von Rechtsdienstleistungen zahlen.

Diese Lizenz tritt in ihrer geänderten Form am 22. April 2022 in Kraft und läuft am 3. April 2023 aus.

[OFSI General Licence INT/2022/1280876 - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Kanada

Weitere Personensanktionen

Kanada hat seine Sanktionsliste um 14 Personen, darunter russische Olivarchen und Gouverneure, die Tochter des Präsidenten und die Zentralbank-Chefin erweitert. Hier die neuen Namen:

Petr Olegovich AVEN
Oleg Viktorovich BOYKO
Mikhail Maratovich FRIDMAN
Mikhail Safarbekovich GUTSERIEV
Igor Viktorovich MAKAROV
Elvira Sakhipzadovna NABIULLINA
Sergey ROLDUGIN
Alexander TORSHIN
German Borisovich KHAN
Alexander PONOMARENKO
Katerina Vladimirovna TIKHONOVA
Maria Vladimirovna VORONTSOVA
Maria Aleksandrovna LAVROVA
Yekaterina Sergeyevna VINOKUROVA

[Sanctions – Russian invasion of Ukraine \(international.gc.ca\)](#)

Australien

Am 21. April 2022 verabschiedete Australien das Autonomous Sanctions (Designated Persons and Entities and Declared Persons-Russia and Ukraine) Amendment (No. 13) Instrument 2022. Es verhängte Sanktionen gegen 147 weitere Personen, darunter russische Senatoren und die Töchter von Wladimir Putin und des russischen Außenministers Sergej Lawrow.

[Autonomous Sanctions \(Designated Persons and Entities and Declared Persons—Russia and Ukraine\) Amendment \(No. 13\) Instrument 2022 \(legislation.gov.au\)](#)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Spiegel

Diese Regionen träfe ein Gaslieferstopp am härtesten (S)

Ein Ende russischer Gasimporte hätte laut einer Untersuchung von Ökonomen aus Halle besonders in Westdeutschland schwere Konsequenzen. Die Forscher sagen drastische Arbeitsplatzverluste voraus.

Ein Lieferstopp für russisches Gas würde die deutsche Wirtschaft belasten – und das Land in eine Rezession stürzen, zeigen Berechnungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Regional wären die Auswirkungen demnach jedoch sehr unterschiedlich. Laut Studie ist mit großen wirtschaftlichen Schäden dort zu rechnen, »wo das verarbeitende Gewerbe eine besonders hohe Wertschöpfung erzielt, etwa in etlichen Kreisen und Städten Süddeutschlands«. Insgesamt würde das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr um zwei Prozent einbrechen.

Die Bundesregierung versucht derzeit, mittelfristig unabhängig von russischer Energie zu werden. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte zuletzt unter Verweis auf ökonomische Gründe jedoch gesagt, dass sich Deutschland erst Mitte 2024 von russischem Gas emanzipieren könne. Der Grünenpolitiker lehnt deshalb aktuell einen Lieferstopp für russisches Gas ab. Sollte Russland selbst den Gashahn zudrehen, droht auch laut Bundesbank eine Rezession. Der Sozialverband sorgt sich für diesen Fall insbesondere um ärmere Menschen.

Westdeutschland stärker betroffen als Ostdeutschland

Von einem Lieferstopp wäre laut IWH-Berechnungen Westdeutschland insgesamt aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur deutlich stärker betroffen als der Osten des Landes: Der Rückgang der Bruttowertschöpfung würde hier 173,1 Milliarden Euro betragen, in Ostdeutschland lediglich 27,1 Milliarden Euro. Auch der Rückgang bei der Zahl der Erwerbstätigen würde im Westen mit minus 6,2 Prozent stärker ausfallen als im Osten mit minus 5,6 Prozent.

Die Bruttowertschöpfung in den Jahren 2022 und 2023 in Nordrhein-Westfalen könnte laut IWH um 40,8 Milliarden Euro zurückgehen, in Bayern um 38,6 Milliarden Euro und in Baden-Württemberg um 35,4 Milliarden Euro. In Bremen würde der Rückgang den Angaben zufolge lediglich zwei Milliarden Euro betragen, in Mecklenburg-Vorpommern sowie im Saarland 2,1 Milliarden Euro und in Sachsen-Anhalt 3,5 Milliarden Euro.

Grundlage der Berechnungen ist die Annahme, dass bei einem Gaslieferstopp die Speicher zum Jahreswechsel 2022/2023 entleert sind – und im Frühjahr 2023 die gelieferten Gasmengen an verschiedene Industriezweige proportional gekürzt werden.

Regional würde die Wirtschaft in einem solchen Fall unterschiedlich stark getroffen, weil in den Regionen verschiedene Wirtschaftsbereiche in unterschiedlichem Maße von der Krise

erfasst würden. Besonders stark betroffen wären demnach das verarbeitende Gewerbe, der Bergbau und die Energieversorgung.

Manager Magazin

Wie der Westen heimlich russisches Öl kauft (MM)

Die Spur führt aufs Meer: Viele Konzerne haben angekündigt, ihre Importe aus Russland massiv einzuschränken. Doch Schiffsverfolgungsdaten zeigen, dass EU-Staaten zuletzt wieder mehr russisches Öl eingeführt haben.

Shell, Total, Vitol – zahlreiche Ölhandler kündigten in den vergangenen Wochen angesichts des Ukraine-Krieges an, ihre Ölimporte aus Russland massiv einzuschränken und mittelfristig komplett einzustellen. Auch Deutschland hat sich vorgenommen, bis Ende des Jahres die Menge des russischen Öls auf null herunterzufahren, bekräftigte Außenministerin Annalena Baerbock (41, Grüne) am Mittwoch.

Obwohl die Europäische Union (EU) noch kein offizielles Öl-Embargo erlassen hat, sanktioniert der Markt sich quasi selbst. Die Ölhandler sorgen sich um ihre Reputation, die der Handel mit Rohöl einer Regierung mit sich bringt, die der Kriegsverbrechen beschuldigt wird.

Aktuelle Daten zeigen jedoch, dass Russland zuletzt wieder mehr Öl an den Westen verkauft hat – und damit seinem Paria-Status auf den Weltenergiemärkten trotzts. Dazu nutzen die Beteiligten eine alte Praxis, die schon in der Vergangenheit Exporte aus sanktionsierten Ländern wie dem Iran und Venezuela ermöglicht hat.

Im April stiegen die Ölexporte aus russischen Häfen in die Mitgliedstaaten der EU, die traditionell die größten Abnehmer von russischem Rohöl sind, auf durchschnittlich 1,6 Millionen Barrel pro Tag, wie das Wall Street Journal mit Verweis auf TankerTrackers.com mitteilte. Im März waren die Exporte nach der Invasion in der Ukraine zunächst auf 1,3 Millionen Barrel pro Tag zurückgegangen. Ähnliche Daten von Kpler, einem anderen Anbieter von Rohstoffdaten, weisen für April ebenfalls einen Anstieg der russischen Ölexporte in die EU aus.

Umladen und Mischen auf See verschleiert die Herkunft des Öls

Der simple Trick, den man aus den Schiffsverfolgungsdaten herauslesen kann: Verschifft wird das Öl aus russischen Häfen zunehmend mit angeblich unbekanntem Ziel. Nach Angaben von TankerTrackers.com wurden im April bisher mehr als 11,1 Millionen Barrel in Tankschiffe verladen, die bei ihrem Start keine fest geplante Route hatten – mehr als in jedes andere Land. Vor dem Ukraine-Krieg kam das so gut wie nie vor. So hat sich ein undurchsichtiger Markt gebildet, der die Herkunft des Öls verschleiert.

Die Kennzeichnung "Bestimmungsort unbekannt" ist laut Analysten und Händlern ein Zeichen dafür, dass das Öl zunächst auf See zu größeren Schiffen gebracht und dort erneut verladen wird. Das Rohöl aus Russland wird dann an Bord mit der Schiffsladung aus anderen

Herkunftsländern vermischt, sodass am Ende nicht klar ist, woher die Tankerfracht eigentlich stammt.

Ein Beispiel: In der vergangenen Woche übernahm ein Tanker vor der Küste von Gibraltar drei Ladungen Öl von Schiffen, die aus den russischen Ostseehäfen Ust-Luga und Primorsk ausgelaufen waren, wie Schiffsverfolgungsdaten zeigen und die Betreiber des Schiffes und an dem Umschlag beteiligte Personen berichteten. Schiffsaufzeichnungen zeigen, dass der Tanker seine Route in Südkorea startete und nun Rotterdam ansteuert, einen der wichtigsten Umschlagplätze für den europäischen Ölhandel.

Abnehmer profitieren von Rabatten

Dass die Herkunft des Öls auf diese Weise verschleiert wird, kommt den Abnehmerländern aus mehreren Gründen zugute: Sie gelangen so weiterhin an dringend benötigtes Rohöl, um die eigene Wirtschaft am Laufen zu halten, und verhindern weitere Anstiege der Kraftstoffpreise auf dem heimischen Markt. Gleichzeitig profitieren sie von hohen Rabatten im Vergleich zu nicht-russischem Rohöl. Das russische Urals war am 20. April rund 37 US-Dollar günstiger als die Nordsee-Sorte Brent. Vor der Invasion Russlands in der Ukraine lag der Preis in der Regel auf dem Niveau der Referenzsorte oder ein bis zwei Dollar darunter.

Hinzu kommt die Angst vor einem Imageschaden. Schließlich spülen die Transaktionen bares Geld in Moskaus Kriegskasse. Welchen Schaden dies am Ruf eines Unternehmens anrichten kann, erlebte zuletzt Shell, als der Ölriese zu Schnäppchenpreisen russisches Öl geordert hatte und dafür einen Shitstorm kassiert hatte.

Für Russland ist der Ölverkauf eine existentielle Säule. "Das Öl sorgt fürs Geld, und das Gas sorgt für die Macht", sagte der Energieexperte Steffen Bukold. Seit dem Krieg hat das Land Schwierigkeiten, Abnehmer für sein Öl zu finden, was der heimischen Ölindustrie stark zusetzt.

Die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada und Australien haben die Einfuhr von russischem Öl bereits verboten. Auch die europäischen Staats- und Regierungschefs arbeiten an einem ein Öl-Embargo. Die EU ist mit einem russischen Anteil von 27 Prozent an seinen Ölimporten stärker von Russland abhängig. Seit dem Beginn des Krieges schränkten nicht nur viele europäische Energieunternehmen ihre Ölimporte aus Russland ein, auch die Bankfinanzierung und hohe Versicherungskosten erschwerten den Handel.

"Es geht auch um billige Energie"

Der Anstieg der Lieferungen nach Europa im April sowie derjenigen, die ohne Bestimmungsort gekennzeichnet sind, deutet darauf hin, dass einige Unternehmen Lösungen gefunden haben, diese zu umgehen. Von den Lieferungen, die mit einem eindeutigen Bestimmungsort gekennzeichnet sind, geht in diesem Monat unter anderem deutlich mehr Öl in die Niederlande. Von dort importiert auch Deutschland einen großen Teil seines Öls.

Einige Händler begründen ihre Einkäufe in Russland damit, dass sie vor der Invasion geschlossene Verträge erfüllen müssten. Simon Johnson, Wirtschaftsprofessor am MIT, der sich mit der Geopolitik des Erdöls befasst und früher Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF) war, hält diese Argumentation jedoch für einen Vorwand. "Die Tatsache, dass sie mehr kaufen als vor der Invasion, deutet darauf hin, dass es nicht nur an den langfristigen Verträgen liegt", sagt Johnson. "Es geht auch um billige Energie. Solange es kein vollständiges Embargo gibt, kann das so weitergehen".

Obi-Märkte in Russland öffnen wieder

Die Baumarktkette Obi macht nach Informationen des *Kommersant* ihre 27 Läden in Russland wieder auf: Ab Ende April sollen die Baumärkte in Moskau und Sankt Petersburg wieder öffnen und weitere folgen. Die Baumärkte sollen zunächst die Marke Obi weiter verwenden, künftig aber unter einem anderen Namen firmieren, hieß es aus dem Unternehmen.

[Гипермаркеты ОБИ в России начнут открываться с 27 апреля - Новости – Потребительский рынок – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Renault übergibt Russland-Werke

Der französische Autohersteller Renault will sein Moskauer Autowerk „Renault Russia“ offenbar an die Moskauer Stadt übergeben. Dies teilte der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow mit. Der Anteil der Franzosen am Lada-Hersteller AvtoVAZ (68 Prozent) gehe an das staatliche Automobil-Forschungsinstitut NAMI. Dabei behalte sich Renault für die nächsten sechs Jahre eine Rückkaufoption vor. Manturow versicherte, dass das Moskauer Renault-Werk seinen Betrieb fortsetzen werde. Dort sollen Ladas oder andere Fahrzeugmarken montiert werden.

[Мантуров заявил, что Renault передаст свою долю в "АвтоВАЗе" - Экономика и бизнес - ТАСС \(tass.ru\)](#)

Deutsche Welle

Wirtschaft steckt Ukraine-Schock weg - Ifo-Index steigt überraschend

Die Unternehmen geben sich trotz Ukraine-Krieg etwas optimistischer. Wirklich Grund zum Aufatmen gibt es aber noch nicht. Zu groß sind die Unsicherheiten und Risiken.

Krieg in der Ukraine, Lieferengpässe, Inflation, drohende Energieknappheit - trotzdem hat sich die Stimmung in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft überraschend etwas aufgehellt, verharrt aber auf niedrigem Niveau. Das Barometer für das Geschäftsklima stieg

im April auf 91,8 Punkte nach 90,8 Zählern im März, wie das Münchener Ifo-Institut am Montag zu seiner monatlichen Umfrage unter rund 9000 Managern mitteilte.

Zurückzuführen ist die Entwicklung des Index vor allem auf weniger pessimistische Erwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate. Die aktuelle Lage bewerteten sie minimal besser. "Nach dem ersten Schock über den russischen Angriff zeigt die deutsche Wirtschaft sich widerstandsfähig", sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest.

Noch kein Zeichen für Trendwende

"Der erste Kriegsschock scheint sich etwas gelegt zu haben, aber angesichts der Vielzahl bestehender Risiken scheint es zu früh, bereits vom Beginn einer Trendwende zu sprechen", sagt Elmar Völker von der LBBW. "Der Verlauf des Ukraine-Kriegs bleibt schwer berechenbar, inklusive eines möglichen Gas-Lieferstopps. Die Hochinflation belastet schon jetzt die Konjunkturaussichten erheblich und die wiederholten Corona-Ausbrüche in China drohen den Handel noch länger zusätzlich zu belasten." Ab wann die deutsche Wirtschaft wieder in stabileres Fahrwasser für eine Wiederaufnahme des Post-Corona-Aufschwungs gelange, ist derzeit noch nicht absehbar."

Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, geht davon aus, dass die Industrieproduktion im zweiten Quartal sinken dürfte und das Bruttoinlandsprodukt trotz der Lockerung der Corona-Beschränkungen im zweiten Quartal wohl nur stagnieren werde. Alexander Krüger, Chefvolkswirt von Hauck Aufhäuser Lampe sagte: "Der Flirt mit einer Rezession wird auch ohne Energiekrise anhalten"

Die Chemie-Branche ist besonders schwer von hohen Energiepreisen getroffen. So haben sich hier laut Ifo-Institut sowohl die Erwartungen als auch die aktuelle Lage verschlechtert.

Warnung von möglicher Corona-Welle im Herbst

Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW meint, der unvermindert wütende Krieg, neue Störungen in den globalen Lieferketten wegen des strengen Lockdowns in Schanghai und der höchste Erzeugerpreisanstieg seit Gründung der Bundesrepublik seien eine große Belastung für die wirtschaftliche Stimmung. Dennoch hätten die Unternehmen einen Teil des Schockabsturzes aus dem Vormonat im April korrigiert. "Das passt recht gut zu den aktuellen Konjunkturprognosen, die trotz Abwärtsrevisionen auf breiter Front für 2022 im Mittel immer noch ein solides Wachstum von gut zwei Prozent versprechen", so Köhler-Geib.

Aber sie gibt zu bedenken, dass alle Prognosen derzeit höchst unsicher seien. "Wir alle denken stattdessen besser in Szenarien und arbeiten zugleich hart daran, dass ein gutes Szenario Wirklichkeit wird!" mahnt sie. Hierfür müsse die russische Aggression eingedämmt, die Inflations- und Sanktionslasten sozial abgedeckt und die Energieversorgung zügig diversifiziert werden. Zudem brauche es eine konsequente Vorbereitung auf eine neue Corona-Welle im Herbst, ein Thema, das angesichts der Schreckensbilder des Krieges leicht vergessen werde.

Energiepreise drücken die Investitionsstimmung

Laut einer weiteren Umfrage des Ifo-Instituts unter 1100 Unternehmen sind von der Kostenexplosion bei Energie 40 Prozent der Firmen schon jetzt voll betroffen. Da sich viele Unternehmen durch langfristige Lieferverträge abgesichert hätten, schlage der Preisanstieg nicht überall sofort durch. Ein Viertel der Unternehmen gab demnach an, die Hauptbelastung durch höhere Energiepreise im zweiten Halbjahr dieses Jahres zu erwarten. Ein weiteres Viertel der befragten Firmen rechne damit 2023.

Knapp 90 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, sie müssten als Gegenmaßnahme wahrscheinlich die Preise erhöhen. Drei Viertel wollen Investitionen in Energieeffizienz ausbauen. Rund 46 Prozent der Unternehmen sagten, dass sie Investitionen verringern wollen.

Nur ein kleiner Teil der Unternehmen wolle Betriebsstätten ins Ausland verlagern. 11 Prozent denken laut Umfrage darüber nach, energieintensive Geschäftsfelder ganz aufzugeben - 14 Prozent erwägen einen Arbeitsplatzabbau in Deutschland.

Interfax

Maersk beginnt mit der Einstellung seiner Tätigkeit in Russland

Die dänische A.P. Moeller-Maersk A/S, die bereits angekündigt hatte, ihre Geschäftstätigkeit in Russland einzustellen, hat am Montag russische Kunden über den Beginn der Einstellung ihrer Geschäftsaktivitäten in Russland informiert.

"Die Einstellung unserer Aktivitäten hat bereits begonnen, und leider haben wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Klarheit über die Aussichten, dass Maersk seine Tätigkeit in Russland wieder aufnehmen kann", heißt es in der Mitteilung.

"Seit Beginn des Konflikts in der Ukraine ist es unsere Priorität, die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Mitarbeiter zu gewährleisten. Dies ist eine Priorität, die wir im Zusammenhang mit dieser Entscheidung beibehalten. Während Maersk seine Aktivitäten in Russland in den nächsten sechs Monaten auslaufen lässt, werden wir alles in unserer Macht stehende tun, um unsere russischen Mitarbeiter und ihre Familien zu unterstützen", so Maersk.

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

ABB vor Aus in Russland

Noch arbeitet der Schweizer Industriekonzern einige wenige alte Aufträge in Russland ab. Doch im Sommer könnten die dortigen Werke ganz geschlossen werden.

Der Schweizer Industriekonzern ABB stellt sich auf einen vollständigen Rückzug aus Russland ein. Man nehme keine Aufträge mehr an und habe die Mitarbeiter nach Hause geschickt, sagte Vorstandschef Björn Rosengren in einer Telefonkonferenz mit Journalisten. Aus

vertragsrechtlichen Gründen arbeite ABB lediglich noch einige wenige alte Aufträge ab. Im Sommer werde man dann über das weitere Vorgehen entscheiden. ABB beschäftigt 750 Mitarbeiter an zwei Standorten in Russland. Rosengren deutete an, dass die Werke wohl geschlossen werden. Russland habe zuletzt ein bis 1,5 Prozent zum Konzernumsatz beigetragen. Weitaus bedeutender ist für ABB das Geschäft in China. Dort droht das Unternehmen vom strengen Covid-19-Lockdown getroffen zu werden. Lieferunterbrechungen in der Region Schanghai könnten den Geschäftsverlauf im zweiten Quartal beeinträchtigen, sagte Rosengren. Angesichts prall gefüllter Auftragsbücher geht der Schwede aber vorerst weiterhin davon aus, den Umsatz in diesem Jahr um mehr als 5 Prozent zu erhöhen und die Profitabilität zu verbessern.

EPravda

Um das russische Öl bildet sich ein grauer Markt ohne Ziel

Die russischen Ölexporte in unbekannte Länder haben in den letzten Wochen erheblich zugenommen - etwas, das bereits geschehen ist, um Öl aus dem Iran und Venezuela zu kaufen und so die Sanktionen zu umgehen.

Dies berichtet das Wall Street Journal.

So entsteht ein grauer Markt, um die Herkunft dieses Öls zu verschleiern, denn wegen des Reputationsrisikos ziehen es die Unternehmen vor, den Ölhandel mit dem Land, das einen Krieg gegen die Ukraine angezettelt hat, zu reduzieren. Unternehmen und Vermittler wollen daher im Verborgenen damit handeln, um die Folgen der Erleichterung von Transaktionen zur Finanzierung russischer Kriegsverbrechen zu vermeiden.

Öl aus russischen Häfen wird zunehmend mit unbekanntem Ziel verschifft. Nach Angaben von TankerTrackers.com wurden im April bisher mehr als 11,1 Millionen Barrel ohne geplante Route in Tankschiffe verladen - mehr als in jedem anderen Land und mehr als vor der Invasion, als die "grauen" Mengen kaum über Null lagen.

Die Verwendung des Kennzeichens "Unbekannter Bestimmungsort" ist ein Hinweis darauf, dass das Öl auf großen Schiffen auf See angeliefert und verschifft und dann mit der Ladung des Schiffes vermischt wird, wodurch seine wahre Herkunft verschleiert wird. Diese Praxis ist nicht neu - sie wurde bereits angewandt, um die Sanktionen gegen den Iran und Venezuela zu umgehen und weiterhin deren Öl zu kaufen.

Gleichzeitig hat das meiste russische Öl nach wie vor klare Bestimmungsorte - die Lieferungen nach Rumänien, Estland, Griechenland und Bulgarien haben sich in diesem Monat gegenüber dem März-Durchschnitt mehr als verdoppelt. Auch in den Niederlanden und Finnland ist das Volumen deutlich gestiegen.

Unter Berufung auf Daten von TankerTrackers.com stellt die Publikation fest, dass die Ölexporte von russischen Häfen in die EU-Mitgliedstaaten, die traditionell die größten

Abnehmer von russischem Öl sind, im April auf durchschnittlich 1,6 Millionen Barrel pro Tag gestiegen sind.

Im März, nach der Invasion in der Ukraine, sanken die Mengen auf 1,3 Mio. bpd. Ein anderer Dienst, Kpler, zeigt eine ähnliche Dynamik: Nach seinen Daten stieg der Durchfluss im April auf 1,3 Millionen pro Tag gegenüber 1 Million Mitte März.

Zuvor wurde bekannt, dass Europas größter Ölkonzern Shell Plc trotz seiner öffentlichen Ankündigung, russisches Öl abzulehnen, es weiterhin kauft und sich hinter Ölmischungen versteckt, die nur zu 49,99 % in Russland produziert und zu 50,01 % aus anderen Quellen bezogen werden.

Tagesschau

"Business as usual" in Russland?

Viele westliche Konzerne haben ihre Aktivitäten in Russland gestoppt. Doch in einigen Firmen läuft das Geschäft weiter, als sei nichts gewesen. Darunter finden sich auch prominente deutsche Namen.

Westliche Unternehmen, die ihr Geschäft in Russland gestoppt haben, dominierten zuletzt die Schlagzeilen. Doch mehr als 200.000 Mitarbeiter in Russland stehen weiterhin auf den Gehaltslisten westlicher Konzerne, wie die Financial Times berichtete. Davon sind viele beurlaubt.

Doch einige von ihnen gehen weiter "ganz normal", wie vor Ausbruch des Ukraine-Krieges, ihrer Arbeit nach. Und es sind nicht gerade wenige westliche Unternehmen, die in Russland weiter "Business as usual" betreiben, wie die lange Liste des Wirtschaftsprofessors Jeffrey Sonnenfeld zeigt. In einer täglich aktualisierten Übersicht zeigt der Experte der US-Eliteuniversität Yale, welche Firmen ihre Aktivitäten in Russland gestoppt haben und welche weiter daran festhalten.

Der "Pranger" der Yale-Universität

Die Kategorie F ist dabei die schlechteste Kategorie. Hier werden all jene Unternehmen gebrandmarkt, die "einfach weiter 'Business as usual' in Russland betreiben". Es ist eine Prangerliste, auf der sich auch bekannte deutsche Namen finden. Zu ihnen gehört der MDAX-Konzern GEA, der im SDAX notierte Großhändler Metro, der Kranhersteller Liebherr, das Einzelhandelsunternehmen Globus und der Spielzeughersteller Simba-Dickie Group.

Die Firmen, die auf der F-Liste landen, müssen einen ernstzunehmenden Imageschaden fürchten. Das zeigen auch Recherchen von tagesschau.de, wonach sich mindestens zwei deutsche Unternehmen aktiv darum bemühten, von der F-Liste heruntergenommen zu werden.

Simba-Dickie Group will runter von der F-Liste

Eines dieser Unternehmen ist die Simba-Dickie-Group. Das Unternehmen mit Sitz im fränkischen Fürth produziert und vertreibt weltweit Spielzeuge und steht für so bekannte Marken wie Eichhorn, BIG (Bobby Car), Schuco und Märklin.

Auf Nachfrage von tagesschau.de erklärte die Pressesprecherin der Simba-Dickie-Group: "Wir sind seit dem 1. Oktober 2018 nicht mehr in Russland tätig. Wir haben zwar einen Vertriebspartner in Russland. Doch diesen beliefern wir seit Kriegsbeginn nicht mehr." Man stehe bereits in Kontakt mit der Universität Yale, damit der Eintrag auf der F-Liste gelöscht werde.

Thyssenkrupp bekommt bessere Note

Dass die Einteilung in die verschiedenen Kategorien in Yale teils recht holzschnittartig erfolgt, zeigt auch das Beispiel Thyssenkrupp. Der deutsche Stahlkonzern stand ebenfalls lange auf der F-Liste, obwohl er nach eigener Aussage sein Neugeschäft und sämtliche Investitionen in Russland gestoppt hatte.

Gestern wurde Thyssenkrupp plötzlich gleich zwei Stufen besser (die Note E vergibt Yale nicht) in die Kategorie C eingeteilt. Hier finden sich Unternehmen wieder, die zumindest einen Teil ihres Russland-Geschäfts zurückfahren.

Globus fürchtet Zwangsverstaatlichung

Derweil betreibt der Einzelhändler Globus seine Lebensmittelmärkte in Russland trotz des Kriegs in der Ukraine ohne Einschränkungen weiter. "Als Lebensmittelhändler sind wir verantwortlich für eine Grundversorgung der Menschen mit Lebensmitteln", erklärte Globus-Pressesprecherin Isabel del Alcazar gegenüber tagesschau.de.

Man habe aber auch eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern: "Wir beschäftigen in Russland rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meist Verkäuferinnen und Kassiererinnen, also ganz normale Menschen, die nicht zur Elite des Landes zählen. (...) Würden wir schließen, wären diese vielen Menschen auf einen Schlag arbeitslos und gerieten in eine persönliche Notsituation." Zudem bestehe die Gefahr einer Zwangsverstaatlichung, so del Alcazar. "Dem russischen Staat würden erhebliche Vermögenswerte zufallen."

Continental fürchtete "strafrechtliche Konsequenzen"

Mit der Angst vor Enteignung steht Globus derweil nicht allein da. Der Kreml drohte zuletzt allen westlichen Firmen, die wegen des Ukraine-Krieges ihr Geschäft in Russland aussetzen, mit "heftigen Konsequenzen". Dem Wall Street Journal zufolge sollen unter anderem Coca-Cola, McDonald's, Procter & Gamble und IBM vor der Beschlagnahmung von Vermögen und Festnahme von Verantwortlichen gewarnt worden sein.

Derweil hatte der DAX-Konzern Continental in der vergangenen Woche seine Produktion im Reifenwerk in Kaluga südwestlich von Moskau wieder hochgefahren und zur Begründung auf

"harte strafrechtliche Konsequenzen" verwiesen, die Mitarbeitern und Führungskräften vor Ort drohten.

Liebherr fühlt sich russischen Kunden verpflichtet

Weit weniger dramatisch klingt die Begründung des Baumaschinenherstellers Liebherr, warum er sein Russland-Geschäft nicht gestoppt hat. Auf Anfrage von tagesschau.de erklärte Liebherr: "Wir haben unseren russischen Kunden ein Leistungsversprechen gegeben und sind auch unseren Mitarbeitenden im Land verpflichtet." Man fühle sich gegenüber beiden Anspruchsgruppen weiterhin verpflichtet und setze daher die Geschäftstätigkeit in Russland im Rahmen der Sanktionen bis auf Weiteres fort.

Liebherr ist eines der größten deutschen Industrieunternehmen in Familienhand. Das schwäbische Unternehmen stellt mit 50.000 Beschäftigten Baumaschinen, Flugzeugteile und Hausgeräte her. In Russland, wo Liebherr seit 1965 aktiv ist, hat das Unternehmen nach eigenen Angaben 2300 Mitarbeiter.

GEA und Metro wollen russische Aktivitäten nicht stoppen

Zwei weitere Unternehmen, die sich in der Kategorie F der Yale-Liste wiederfinden, wollten sich tagesschau.de gegenüber nicht äußern und verwiesen nur auf ihre früheren Statements. So ist GEA weiter "davon überzeugt, dass ein Stopp seiner Geschäftsaktivitäten nicht die treffen würden, die für den Krieg verantwortlich sind". Das Unternehmen stellt in Russland Maschinen für die lokale Produktion von Grundnahrungsmitteln, Milchprodukten sowie pharmazeutische Anwendungen her und wartet diese.

Auch der Vorstand der Metro AG will den Betrieb der russischen Tochtergesellschaft weiter aufrechterhalten. Der Großhändler sieht sich selbst in der Verantwortung gegenüber den 10.000 Mitarbeitern in Russland.

Gazeta

Renault verkauft Avtovaz. Französische Manager verlassen das Werk

Wie Gazeta.Ru in Erfahrung gebracht hat, bereitet der Renault-Konzern den Verkauf von Avtovaz vor: Im Mai wird das französische Unternehmen die meisten seiner ausländischen Führungskräfte von Togliatti nach Moskau versetzen. Die Expats werden nicht mehr in das Wolga-Werk zurückkehren. Der russische Automobilhersteller könnte sich im Besitz der staatlichen Korporation Rostec oder des Ministeriums für Industrie und Handel befinden.

Eine Quelle von Avtovaz erklärte gegenüber Gazeta.ru, dass die Franzosen mit den Vorbereitungen für den Verkauf des Werks an einen russischen Eigentümer begonnen haben.

Ersteres hält einen Anteil von 32,4 % an dem russischen Gemeinschaftsunternehmen Lada Auto Holding (seit diesem Jahr ist Avtovaz von einem niederländischen Offshore-

Unternehmen in die Zuständigkeit der Russischen Föderation überführt worden), während die restlichen 67,6 % von Renault gehalten werden.

Einer Quelle von Gazeta.Ru zufolge wird der Großteil des ausländischen Managements von Avtovaz das Werk entweder verlassen oder im Mai in ein anderes Werk versetzt. Diese Information wurde von zwei weiteren Quellen bestätigt. Einer der Unternehmensleiter sagte, dass einige der ausländischen Mitarbeiter Togliatti bereits verlassen haben, andere werden es ein paar Wochen später tun und nicht mehr zurückkommen.

"Gazeta.Ru" bat die Pressestelle der Renault-Zentrale sowie das Avtovaz-Werk, das Industrie- und Handelsministerium und Rostec um eine Stellungnahme zu dem bevorstehenden Avtovaz-Geschäft. Sie haben noch keine Antworten auf die Fragen der Zeitung gegeben.

RBC

Hersteller von Zewa und Libresse kündigt Rückzug vom russischen Markt an

Der Körperpflegemittelhersteller Essity wird Russland verlassen, wie Firmenchef Magnus Groth in seinem Bericht für das erste Quartal 2022 erklärte.

"Die Geschäftsbedingungen von Essity in Russland haben sich verschlechtert. Infolgedessen wurden die Vermögenswerte des Unternehmens in Russland um rund 1,4 Mrd. SEK (147 Mio. \$) wertberichtigt. Außerdem hat man begonnen, sich aus dem russischen Markt zurückzuziehen", sagte er.

Essity stellt unter anderem Babywindeln Libero, Damenhygieneprodukte Libresse, Inkontinenzprodukte TENA, Toilettenpapier, Papierhandtücher, Taschentücher und Servietten Zewa und Tork sowie antiseptische Handgels und Seifen her.

RBC:

Der Hersteller von Klinskoye- und Hoegaarden-Bier hat beschlossen, sein Geschäft in Russland zu verkaufen

Die Anheuser-Busch InBev Brewing Corporation hat ihre Entscheidung bekannt gegeben, eine Minderheitsbeteiligung an der russischen AB InBev Efes zu verkaufen, wie auf der Website des Unternehmens zu lesen ist.

Es führt Gespräche mit dem türkischen Partner Anadolu Efes. Das Unternehmen erklärte außerdem, dass es aus dem Besitz der Beteiligung keinen finanziellen Vorteil ziehen würde.

RBC

Softwareentwickler Luxoft überträgt Vermögenswerte in Russland an IBS

Das IT-Unternehmen Luxoft, das sich im Besitz des US-Konzerns DXC Technology befindet, hat sein russisches Geschäftssegment an die russische IBS Group übertragen, teilte der Pressedienst des russischen Unternehmens gegenüber RBC mit.

"Im Rahmen der Vereinbarung wurden zwei juristische Personen, Luxoft Professional LLC (Luxoft Professional) und Luxoft Training, eine ANO DPO, übertragen. Diese juristischen Personen werden nicht mehr mit dem früheren Eigentümer verbunden sein", sagte IBS und lehnte es ab, Einzelheiten der Vereinbarung bekannt zu geben.

Alle Verpflichtungen, die die russischen juristischen Personen zum Zeitpunkt der Übertragung der Vermögenswerte hatten, werden von IBS übernommen. Die Mitarbeiter von Luxoft Professional und Luxoft Training werden rechtlich in die IBS übernommen.

Kommersant

Glashersteller Guardian Industries gibt russische Vermögenswerte auf

Der US-amerikanische Glashersteller Guardian Industries hat eine Umstrukturierung seines Geschäfts in Russland und den Ausstieg aus russischen Vermögenswerten angekündigt. Das Management des Unternehmens entwickelt nun eine Ausstiegsstrategie, die die Kontinuität der Produktion in den russischen Werken sowie die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Kunden gewährleistet.

"Aufgrund der aktuellen Umstände hat Guardian Industries beschlossen, sich von seinen russischen Aktivitäten zu trennen", erklärt das Unternehmen in einer Pressemitteilung auf seiner offiziellen Website.

In Russland gibt es zwei Werke von Guardian Industries, in der Region Rostow und in Rjasan. Das Unternehmen ist seit 2008 in Russland tätig und einer der größten Glashersteller der Welt. Guardian Industries hat eine tägliche Produktionskapazität von 500 km Flachglas, und Guardian bietet Dienstleistungen in 160 Ländern weltweit an.

Vedomosti

US-Leasinggesellschaft schreibt 27 Flugzeuge in Russland im Wert von 802 Millionen Dollar ab

Das US-Leasingunternehmen Air Lease wird 27 Flugzeuge im Wert von 802 Mio. USD abschreiben, die nach der Verhängung der Sanktionen in Russland verblieben sind, wie Reuters das Unternehmen zitierte.

"Es ist unwahrscheinlich, dass das Unternehmen die in Russland verbliebenen Flugzeuge zurücknehmen wird", zitierte die Agentur Air Lease.

Die Abschreibung betrifft 21 unternehmenseigene Flugzeuge sowie sechs Flugzeuge aus der von Air Lease verwalteten Flotte. Die Abschreibungsoperation wird sich in der Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Quartal 2022 niederschlagen, die für den 5. Mai vorgesehen ist.

Air Lease ist außerdem der Ansicht, dass die Abschreibung in der Zukunft keine wesentlichen Kosten verursachen wird. Das Unternehmen hat Versicherungsansprüche geltend gemacht, um die Verluste auszugleichen, schreibt Reuters.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Tagesspiegel:

Minus 45 Prozent Wachstum

Die Ukraine beklagt riesige wirtschaftliche Schäden durch den Krieg – die Exportindustrie ist zum Erliegen gekommen

Mit einem Einbruch des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts um 45 Prozent rechnet die Weltbank in diesem Jahr. Doch „es könnte auch noch viel schlimmer kommen“, warnt Taras Kyrytschenko. Alle ukrainischen Häfen „sind zu“, wie er sagt, und die vor allem im Osten des Landes angesiedelte Schwerindustrie liege weitgehend brach.

Der aus der Hauptstadt Kiew in die sicherere West-Ukraine übergesiedelte Unternehmer ist Aufsichtsrat der Logistikfirma Nowa Poschta und war bis vor Kurzem auch in den Kontrollgremien der staatlichen Sparkasse Oschadbank und anderer Geldhäuser. So hat er einen guten Überblick über die Wirtschaft in seiner Heimat: Und dort sieht er „kolossale Verluste“. Vize-Regierungschefin und Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko nennt eine Summe: 565 Milliarden Dollar. So hoch sei der bisherige Kriegsschaden, so viel habe der russische Überfall ihr Land gekostet. Darunter sei der zu erwartende Einbruch des BIP um 112 Milliarden Dollar, zerstörte Infrastruktur im Umfang von 119 Milliarden Dollar, 48 Milliarden Dollar an verlorenen Staatseinnahmen. Und dann seien da noch 90,5 Milliarden Dollar für zerstörte Wohnungen und private Häuser sowie 80 Milliarden Dollar Verluste von Unternehmen und vieles mehr.

Natalia Schapowal, Vizepräsidentin der Kiev School of Economics (KSE), beziffert die Kosten ihres Landes für den Krieg auf monatlich zehn Milliarden Dollar. Und täglich kämen neue Summen hinzu – für Reparaturen zerstörter Straßen, gesprengter Gaspipelines und Wasserleitungen, abgetrennter Stromleitungen und bombardierter Kraftwerke.

Russland zerstöre gezielt die zivile Infrastruktur, sagt Maxim Timtschenko, CEO des größten privaten Energiekonzerns Dtek. 900 000 Haushalte hätten inzwischen wieder an das Stromnetz angeschlossen werden können, aber über 1,5 Millionen Haushalte seien seit Wochen ohne Elektrizität, Heizwärme und warmes Wasser. Der Krieg habe dazu geführt, dass 35 Prozent der ukrainischen Firmen ihre Arbeit vollständig einstellen mussten“, sagt Schapowal unter Berufung auf eine KSE-Unternehmensumfrage. Ein Fünftel der Unternehmen habe die Produktion halbiert und weitere 28 Prozent mussten sie um fünf bis zehn Prozent herunterfahren.

„Viele unserer Läden wurden geplündert, Warenlager ausgeraubt oder mit Raketen beschossen“, berichtet Allo-Eigner Dmytro Derewitzky. Von 340 Läden habe seine Handy- und Elektronikhandelskette etwa die Hälfte schließen müssen, seit dem Zurückdrängen der russischen Armee um Kiew herum seien inzwischen wieder fast 200 geöffnet. Mehr als die Hälfte der Mitarbeiter habe er entlassen müssen und viele Läden müssten jetzt geschlossen werden, da die Umsätze die Mieten nicht mehr einspielten. „Zum Preis eines einzigen Ladens will mir ein Investor mein ganzes Geschäft abkaufen“, sagt indes Wladyslaw Tschetschekin,

größter Anteilseigner des führenden ukrainischen Internethändlers Rozetka, über die Lage von Unternehmen im Land.

Der russische Angriff tobts in Gebieten der Ukraine oder bedroht Provinzen, in denen die Hälfte des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts erzeugt wird. Dort stehen die großen Stahlwerke, sind die Maschinenbauer angesiedelt und dort liegen die riesigen Felder, auf denen Weizen, Mais und Sonnenblumen wachsen sollen. Bei Exporten von Roggen und Sonnenblumenöl ist die Ukraine bisher Weltmarktführer. Doch weder kann überall gesät noch geliefert werden. Denn Ausfuhren über Seehäfen sind derzeit nicht möglich. Die Russen haben den Hafen Berdjansk eingenommen, die Hafenstadt Mariupol wochenlang eingekesselt. Die Schwarzmeerküste ist vermint und es gab Angriffe auf Odessa und Mykolajiw. Das ist eine katastrophale Situation angesichts der Tatsache, dass Exporte 2021 ein Drittel des ukrainischen BIP ausgemacht haben. Jetzt stauen sich mehr als 24 000 Eisenbahnwaggons an den Grenzen zu Polen, Ungarn, Moldau, Rumänien und der Slowakei – voll beladen mit Weizen, Eisenerz und Rohstahlblöcken. Waren, die bisher über die Häfen ausgeführt wurden, müssen nun mühsam von ukrainischer auf europäische Spurbreite umgeladen werden. Auch fehlt es an Waggons und Personal. „Unser Versuch, verstärkt Lastwagen einzusetzen, ist mangels Fahrzeugen und Personal schwierig“, berichtet Unternehmer Kyrytschenko. Lieferzeiten hätten sich deutlich verlängert und die Auswahl der Produkte sei inzwischen eingeschränkt. Mathias Brüggmann (HB)

[Sanctionsnews](#)

Ukraine erweitert den Anwendungsbereich des Enteignungsgesetzes gegen Russland

Am 1. April 2022 verabschiedete die Werchowna Rada der Ukraine das Gesetz der Ukraine "Über die Änderungen des Gesetzes der Ukraine 'Über die Grundprinzipien der Zwangsenteignung von Eigentum der Russischen Föderation und ihrer Bewohner in der Ukraine' bezüglich der Klarstellung bestimmter Bestimmungen" ("Änderungen"), um den Anwendungsbereich des bereits im März 2022 verabschiedeten Gesetzes der Ukraine "Über die Grundprinzipien der Zwangsenteignung von Eigentum der Russischen Föderation und ihrer Bewohner in der Ukraine" ("Enteignungsgesetz") zu erweitern.

Die Änderungen sind noch nicht in Kraft getreten, werden aber mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten der Ukraine und der offiziellen Veröffentlichung in Kraft treten.

Betroffenes Vermögen und Einrichtungen

Zusätzlich zu den Personenkategorien, auf deren Vermögen das Enteignungsgesetz ursprünglich abzielte, ermöglichen die Änderungen die Enteignung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, Geldern, Bankguthaben, Wertpapieren, Gesellschaftsrechten und anderem Eigentum (Vermögen), das sich in der Ukraine befindet (registriert ist) und folgenden Personen gehört:

1. Die folgenden Personen:
 - Bürger der Russischen Föderation (mit Ausnahme derjenigen, die die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine verteidigen (verteidigt haben), direkt an der Abwehr und Abschreckung (Neutralisierung) der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und an der Gewährleistung ihrer nationalen Sicherheit teilnehmen (teilgenommen haben) und die Bedrohung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine während des Kriegsrechts, des Ausnahmezustands oder des bewaffneten Konflikts beseitigen)
 - Personen, die nicht Bürger der Russischen Föderation sind, aber enge Beziehungen zur Russischen Föderation haben, in der Russischen Föderation wohnen oder deren Haupttätigkeit sich auf die Russische Föderation konzentriert
2. In der Ukraine tätige und eingetragene juristische Personen (ihre Zweigniederlassungen und Repräsentanzen), deren Gründer (Gesellschafter, Aktionär) oder letztendlicher wirtschaftlicher Eigentümer (direkt oder indirekt) eine in Buchstabe a genannte Person ist, einschließlich derjenigen, die vor dem 24. Februar 2022 indirekt Führungsaufgaben und Kontrolle über die juristische Person ausgeübt haben
3. Auf Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine oder eines Gerichts natürliche oder juristische Personen (unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ihrem Sitz oder ihrer wirtschaftlichen Haupttätigkeit), die außerhalb der Ukraine oder in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine ansässig sind, die die militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine oder die vorübergehende Besetzung eines Teils der Ukraine öffentlich leugnen oder unterstützen und ihre wirtschaftlichen (geschäftlichen) Aktivitäten in der Russischen Föderation während des Kriegsrechtsregimes in der Ukraine nicht ausgesetzt oder beendet haben

Verfahren

Die Liste der zu enteignenden Güter wird vom Ministerkabinett der Ukraine erstellt, wobei die endgültige Entscheidung über die Enteignung vom Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine (NSDC) getroffen wird. Die Entscheidung des NSDC muss dann durch einen Erlass des Präsidenten der Ukraine in Kraft gesetzt werden. Nach dem Enteignungsgesetz muss der Präsidialerlass innerhalb von sechs Monaten nach der Aufhebung oder Beendigung des Kriegsrechts in der Ukraine von der Werchowna Rada der Ukraine ratifiziert werden.

Sobald der Präsidialerlass in Kraft tritt, sollte das Eigentum ohne Entschädigung unter die Verwaltung eines vom Ministerkabinett der Ukraine eingesetzten spezialisierten ukrainischen Staatsunternehmens übertragen werden.

Handelsblatt:

Ein Wiederaufbau wird kompliziert - und sehr teuer

**Ökonomen haben einen Plan erarbeitet, worauf es bei einem Neubeginn ankommen wird.
Allerdings haben sie die Rechnung ohne die Politiker gemacht.**

Obwohl ein Ende des Ukrainekriegs nicht absehbar ist, machen sich Ökonomen bereits Gedanken darüber, wie denn die Nachkriegswirtschaft des Landes aussehen könnte. Die Ukraine erleidet derzeit einen riesigen ökonomischen Schaden, der sich nur schwer beziffern lässt, weil er jeden Kriegstag gravierender wird. So schätzt das Centre for Economic Policy Research (CEPR), ein Netz von 1600 forschenden Wirtschaftsexperten, dass die russische Armee 30 bis 60 Prozent der ukrainischen Produktionskapazitäten beschädigt oder zerstört hat.

Wenigstens funktioniert die Verwaltung weiterhin einigermaßen - zumindest dort, wo die russische Armee nicht wütet. "Aber das Land braucht Liquidität", sagte Timofei Milowanow von der Kyiv School of Economics in einer Videokonferenz des CEPR. Um Löhne und Sozialleistungen zu bezahlen, benötigt die Regierung monatlich einen einstelligen Milliardenbetrag.

Das Geld aber wird zunehmend knapp, weil die Unternehmen beispielsweise kaum mehr Güter exportieren können. Traditionell führte die Ukraine einen großen Teil ihrer Erzeugnisse über die Häfen am Schwarzen Meer aus. Diese sind jedoch blockiert, etwa der Hafen von Odessa, oder zerstört wie in Mariupol.

Je nachdem, wie lange der Krieg dauert, wird der Wiederaufbau der Ukraine deshalb immer schwieriger, denn er wird Hunderte von Milliarden Dollar kosten. Laut den Vorstellungen des CEPR sollten daher verschiedene Quellen angezapft werden. Die Ökonomen schlagen etwa vor, dass die EU russische Energieexporte besteuert und dieses Geld der Ukraine zur Verfügung stellt.

Ein ähnliches Modell wurde schon einmal angewendet. Im Jahr 1991 vertrieb eine internationale Militärallianz die irakische Armee aus Kuwait. Ein Teil der Erdöleinnahmen des Iraks floss darauf in einen Fonds, um den Wiederaufbau des Emirats zu finanzieren. Die Ökonomen empfehlen darüber hinaus, russische Finanzvermögen, die von den westlichen Ländern eingefroren worden sind, in die Infrastruktur der Ukraine zu lenken. Laut den Vorstellungen der Wissenschaftler kann es sich dabei um Gelder des russischen Staats und Vermögen von Oligarchen handeln. Den Wiederaufbau der Ukraine soll dabei eine spezielle Agentur überwachen. So sollen doppelte Strukturen und Korruption verhindert werden. Beides sind realistische Gefahren.

Das Wiederaufbauprogramm nach dem dritten Golfkrieg von 2003 war beispielsweise schlecht koordiniert, und ukrainische Beamte sind berüchtigt für ihre Bestechlichkeit. Der Ökonom Milowanow legte in der Diskussionsrunde allerdings Wert darauf, dass sich eine solche Agentur im Besitz der Ukraine befinden müsse.

Gleichzeitig soll sie aber aus zwei Gründen in irgendeiner Form der EU nahestehen: Erstens kommen die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds (IWF) als enge Partner kaum infrage. "Gewisse Mitgliedsländer sind der Ukraine nicht freundlich gesinnt", meinte der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff in der Diskussion diplomatisch. Konkret heißt das: Russland ist Aktionär der Weltbank und wird kaum kooperieren.

Zweitens schafft die Nähe der Agentur zur EU für die Ukraine eine Perspektive, dem Staatenbund eines Tages beitreten zu können. Das wiederum stellt für das Land einen Anreiz dar, die Justiz und die Verwaltung gemäß westlichen Standards zu reformieren. Einig sind sich schließlich alle Ökonomen, dass die Ukraine in erster Linie Zuschüsse und nicht Kredite erhalten soll. "Darlehen sind für die Ukraine finanziell nicht nachhaltig", sagte die Schweizer Ökonomin Beatrice Weder di Mauro.

So stimmig die Vorschläge der Ökonomen in der Theorie klingen, ein Problem bleibt: Noch herrscht in der Ukraine Krieg, und niemand weiß, wie eine Friedensordnung mit Russlands Präsident Wladimir Putin und dessen Entourage aussehen könnte. "Mit welchem Regime werden wir es in Russland zu tun haben?", fragte Torbjörn Becker von der Stockholm School of Economics.

Anders als 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, wird sich die Schuldfrage zwar nicht stellen. Damals machten die Alliierten in den Friedensverhandlungen von Versailles das deutsche Kaiserreich für den Krieg verantwortlich, was dazu führte, dass viele Deutsche die Friedensordnung ablehnten. In dieser Hinsicht ist die Lage heute eindeutig: Russland hat mit seinen Attacken im Jahr 2014 und im Februar 2022 den Ukrainekrieg ausgelöst.

Allerdings stellt sich ein anderes "Versailles"-Problem. Deutschland musste nach dem Ersten Weltkrieg hohe Reparationen bezahlen, was das Land wiederholt an den finanziellen Abgrund brachte und den Wandel zur Demokratie unterminierte.

Dieses Risiko scheinen die Ökonomen des CEPR im Falle Russlands für gering zu halten. Sergei Guriev von der Pariser Universität Sciences Po sagte, Russland sei ein großes Land und deshalb in der Lage, einen Teil der eingefrorenen Gelder als Reparationen zu leisten.

Allerdings bleibt die Frage, wie rasch solche Transfers geleistet werden können. Es brauchte wohl Gerichtsentscheide und Gesetze, um beispielsweise die Oligarchen zu enteignen.

Und in noch einer Hinsicht ist das Programm der Ökonomen ehrgeizig: Anstatt wie bisher vornehmlich auf fossile Energieträger zu setzen, soll sich die Ukraine beim Wiederaufbau etwa das Ziel setzen, die Wirtschaft zu "dekarbonisieren". Kurz: Die Wirtschaftsexperten möchten die Ukraine nicht bloß wieder aufbauen - sie möchten sie auch in einen ökologischen und technologischen Musterstaat verwandeln.

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](http://Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies (bizforukraine.com))

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskalV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Umtausch von Hrywnia

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter des EU-Rates hat am 13. April eine Empfehlung für den Umtausch von Hrywnia-Banknoten in die Währung der Mitgliedstaaten, die Menschen aufnehmen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, gebilligt. Ziel ist es, Flüchtlinge, die Schwierigkeiten beim Umtausch ihrer Banknoten in EU-Währungen haben, weiter zu unterstützen. Die Empfehlung wird vom Rat im schriftlichen Verfahren förmlich angenommen.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „Spaces for Ukrainian Refugees“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr

als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/edcc)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/leitlinien-fuer-den-umgang-mit-ukrainischen-fluechtlingen)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunft

Zuletzt hat es starke Kritik von NGO an der deutschen Unterkunftsvermittlung www.unterkunft-ukraine.de gegeben. Es wird bemängelt, dass die Wohnungsvermittlung ineffizient läuft.

Alternativen dazu sind: [I CAN HELP HOST](#) und Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#) sowie:

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YIxuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsgueter-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [**Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)**](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[**Sachspenden**](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhr genehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfeersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;

- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenauftrag der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakte an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenauftrag der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

- 1. Country -**
- 2. Name -**
- 3. City/town -**
- 4. Phone number (für WhatsApp?) -**
- 5. Amount of people I can host -**
- 6. For how long I can host -**
- 7. What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn
oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

 [Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://aktion-deutschland-hilft.de)

Unicef

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.de/deutschland/krieg-in-der-ukraine-bedroht-millionen-kinder/)

Unterstützung für Berichterstatter

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)

Hinweis zum Haftungsausschluss:

Wir bemühen uns, Ihnen in diesem Update Informationen zu liefern, die aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen stammen, wir können aber selbst nicht jede Detailinformation prüfen. Wenn wir Kenntnis über Irrtümer erhalten, werden wir versuchen, diese zu berichtigen. Für die Informationen und Links übernehmen wir keine Haftung. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

